

Reden der Fraktion zu den Einzelplänen des Haushalts 2011 (Plenarsitzungen des Landtags vom 13. und 14.4.2011)

Gemeindefinanzierungsgesetz

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ziel der Fraktion Die Linke im Landtag NRW ist es, einen Politikwechsel für das Land NRW zu erreichen, der den Menschen und der Verbesserung des Lebensumfeldes zugutekommt. Die Linke steht für soziale Gerechtigkeit. Diese lässt sich nur durch deutlich höhere Ausgaben erreichen, insbesondere für die Kommunen im Land, die bis auf wenige Ausnahmen in einer dramatischen Haushaltsschieflage sind und deren soziale Handlungsspielräume demzufolge drastisch eingeschränkt sind. Darüber hinaus sind aus unserer Sicht besonders Investitionen im sozialen und im Bildungsbereich dringend erforderlich.

Ein original linker Haushalt ist nicht von der fatalen Logik getragen, das Land kaputtzusparen, wie das insbesondere CDU und FDP mit ihrem Spardiktat wollen. Sie haben die neoliberale Schere weiterhin im Kopf, anstatt wirksame Zukunftsinvestitionen zuzulassen, die für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sorgen würden. Generationengerechtigkeit beinhaltet gerade, eine soziale und ökologische Zukunftsperspektive zu gestalten.

Auch SPD und Grüne haben als Minderheitsregierung nur zögerlich begonnen und handeln angstgesteuert unter der Drohkulisse des Verfassungsgerichtshofs in Münster.

Ein sozial-ökologischer Umbau in Nordrhein-Westfalen wäre aber gerade jetzt, in der atomaren Zeitenwende, umso dringlicher nötig und auch möglich. Das gilt auch für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, für die wir insgesamt Mehrausgaben von rund 1 Milliarde € vorgesehen haben, die Sie aber alle gemeinsam als Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt haben.

Wir machen und wir werden dieser Landesregierung weiter Druck von links machen, um dieses Land sozial gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten. Die Linke tritt dabei nicht grundsätzlich für eine höhere Neuverschuldung ein, sondern vielmehr für eine Verbesserung der Einnahmeseite durch mehr Steuergerechtigkeit.

Wir wollen eine Haushaltssanierung, die durch Steuergerechtigkeit realisiert wird. Entsprechend haben wir auch Anträge gestellt, zum Beispiel für eine höhere Spitzen- und Erbschaftsteuer sowie eine Millionärsteuer, was aber mit den anderen Parteien nicht zu realisieren ist. Wir hoffen aber immerhin noch darauf, dass sie Bundesratsinitiativen mit uns auf den Weg bringen.

Wer aus der Schuldenfalle herauskommen und Haushalte in Stadt und Land sanieren will, muss die Einnahmeseite stärken.

Deswegen brauchen wir auch eine Länderfinanzreform, welche dafür sorgt, dass Städte und Kommunen strukturell ausgeglichene Haushalte bekommen. Dafür brauchen wir eine ganz

andere Politik. Ein reines Spardiktat wird sich immer gegen diejenigen richten, die sowieso wenig haben, sozial benachteiligt sind und sich gerade keine private Vorsorge leisten können.

Deswegen fordern wir auch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 % – so ist es ja auch im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen worden –; denn das verbessert die Einnahmeseite des Landes insgesamt um rund 450 Millionen € jährlich. Und das kommt auch den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zugute.

An der mittelfristigen Finanzplanung ist deutlich geworden, dass CDU und FDP die kommunalen Haushalte in den letzten Jahren geplündert haben. Gleichzeitig haben sie in den letzten Jahren aber eine Neuverschuldung von über 23 Milliarden € gemacht. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass Sie das auch noch bis 2013 weitermachen wollten: mit einer Gesamtverschuldung von 150 Milliarden € und einem Schuldendienst von jährlich 6 Milliarden €.

Auch bei SPD und Grünen ist bisher keine grundsätzliche Wende zu erkennen. Auch sie haben durch die Steuerpolitik im Bund dazu beigetragen, dass es bisher keine Umkehr zu einer gerechten Steuerpolitik gibt.

Die Linke wird weiter Druck machen für soziale Gerechtigkeit durch eine andere Steuerpolitik. Dafür werden wir sorgen. Dafür machen wir weiter Politik auch hier im Landtag Nordrhein-Westfalen.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Herr Engel, als Sie hier eben geredet und so enthusiastisch gesagt haben: „Niemand hat die Absicht, die Gewerbesteuer abzuschaffen!“, hatte ich eine Art Déjà-vu-Erlebnis. Ich musste an einen Satz denken, der lautete: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!“

(Große Heiterkeit von der CDU und von der FDP)

Genau in diesem Zusammenhang kann man Ihre Äußerung von eben gerade verstehen.

Nun aber zu Ihnen, Herr Minister Jäger. Sie haben eben eine sehr schöne Rede gehalten.

Sie haben eine sehr schöne Rede gehalten, Herr Minister Jäger, in der Sie dargelegt haben, wie schlecht es den Kommunen doch gehe und was man alles für sie tun müsse. Ich muss aber ehrlich sagen, dass ich, als Sie geredet haben, das Gefühl hatte, Sie halten eine Rede für unseren Änderungsantrag.

Sie haben nämlich gesagt: „Die Kommunen brauchen endlich mehr Geld!“ – Die Konsequenz daraus ist, die Verbundmasse zu erhöhen.

Noch einmal zu diesem Spiel, bei dem der Schwarze Peter hin- und hergeschoben wird. Man kann es, glaube ich, in diesem Haus nicht oft genug wiederholen: SPD und Grüne haben – zu Recht – die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung für ihre kommunalfeindliche Politik kritisiert. Diese Kritik teilen wir. CDU und FDP haben die Kritik an SPD und Grüne zurückgegeben.

Aber ich verrate Ihnen einmal ein Geheimnis, meine Herren: Ich bin der Meinung – und ich glaube, die Fakten sprechen auch dafür –, dass sich alle vier Fraktionen in diesem Haus,

nämlich SPD, Grüne, CDU und FDP, wahrlich nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben, wenn es um die Frage der öffentlichen Haushalte und der Kommunalhaushalte ging.

Ganz besonders war es die rot-grüne Bundesregierung, die seit 1998 ein Steuerdumping betrieben und Steuergeschenke an Reiche und Konzerne verteilt und die öffentlichen Haushalte wahrhaftig hat ausbluten lassen. CDU und FDP führen diese Politik heute genauso weiter.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn man heute die Steuersätze von Helmut Kohl hätte – wahrlich kein Revolutionär und kein Radikalinski, wie man es uns zu sein ja vorwirft –, dann hätte man allein in Nordrhein-Westfalen Mehreinnahmen in Höhe von 21 Milliarden €. Die könnte man für die Kommunen und für soziale Gerechtigkeit ausgeben.

Meine Damen und Herren, 90 % aller Kommunen können ihren Haushalt strukturell nicht ausgleichen. Vor Ort wird gekürzt.

Es wird Personal abgebaut, und es wird alles ausgesourct, was nicht bei „drei“ auf den Bäumen ist. Die Einwohnerinnen und Einwohner in den Städten, ganz besonders die armen, leiden unter dieser Politik. Sie leiden unter Ihrer aller Politik; sie leiden unter der Politik der Steuergeschenke an Reiche und Konzerne. Die Kommunen leiden darunter, dass ihnen zusätzliche Aufgaben ohne eine ausreichende Finanzierung aufgehälst werden.

Die Kommunen werden seit Jahrzehnten als Reservekasse des Bundes und des Landes missbraucht. Sie mussten die Schulden tragen, die Bund und Land nicht aufnehmen wollten.

Sehr geehrte Frau Kraft – ich sehe sie gerade nicht –, auch aus Sicht der Kommunalpolitik kann ich an die Landesregierung nur die Bitte weitergeben: Verschärfen Sie die Situation nicht noch dadurch, dass Sie über eine Schuldenbremse für die NRW-Verfassung nachdenken. Wir als Linke finden es allerhöchste Zeit, diesen Trend endlich umzukehren.

Herr Minister Jäger, deshalb lernen wir aus Ihren Darstellungen und Ausführungen, und deshalb beantragen wir auch die Zwei-Prozent-Erhöhung des Verbundsatzes, die Erhöhung von 23 auf 25 %.

Wir ziehen im Grunde nur logische Konsequenzen aus Ihrem Koalitionsvertrag und aus Ihren Ausführungen.

Meine Damen und Herren, in der Anhörung hat Herr Palmen die Kommunalen Spitzenverbände gefragt, ob sie denn die von ihnen bemängelte Minderfinanzierung beziffern könnten. Alle drei Spitzenverbände haben auf das neue Gutachten von Junkernheinrich und Lenk verwiesen. Hier wird das strukturelle Defizit der Kommunen in NRW auf 2,15 Milliarden € zuzüglich Zinsen beziffert – 2,15 Milliarden € Jahr für Jahr, meine Damen und Herren! Eigentlich wäre eine Erhöhung um genau diese Summe notwendig. Unser Antrag ist daher sehr moderat; er ist ausgesprochen moderat.

Wir fordern nämlich nur eine Erhöhung um 2 Prozentpunkte. Dies würde den Kommunen in Nordrhein-Westfalen jährlich 690 Millionen € an Mehreinnahmen bringen.

Vor dem Hintergrund der 2,15 Milliarden €, die fehlen, ist dies ja das Mindeste, was man machen könnte. Es wäre für uns ein erster Schritt hin zu einer nachhaltigen Finanzierung der

Kommunen – vor allem, wenn man bedenkt, meine Damen und Herren, dass der Verbundsatz einmal 28,5 % betragen hatte.

Für uns Linke gilt: Solange es keine Steuergerechtigkeit auf Bundesebene gibt, so lange können Haushalte nicht konsolidiert werden, und so lange darf nicht die Rede von einer Schuldenbremse sein.

Meine Damen und Herren, hören Sie auf! Bestehlen Sie nicht immer die Armen und die Ärmsten der Armen, die arbeitende Bevölkerung. Kürzen Sie nicht immer bei ihnen. Verlagern Sie nicht immer die Kürzungsorgien auf die kommunale Ebene. Fangen Sie an, Spitzensteuersätze einzuführen. Bitten Sie doch auch einmal die Millionäre und die Konzerne zur Kasse.

Meine Damen und Herren, in der ersten Lesung wurde im Zusammenhang mit der Grunddatenanpassung des GFG das Bild von einer Decke bemüht. Eine zu kurze Decke kann nur hin- und hergeschoben werden. Egal, wie man es anstellt, einer friert dabei immer.

Ich fordere Sie deshalb auf, endlich eine größere Decke für die kommunale Familie auszubreiten. Das Mindeste, was Sie tun können, meine Damen und Herren – wenn Sie schon nicht bereit sind, die Erhöhung um 2 % der Verbundmasse mitzutragen –, ist, einen Härteausgleich in Höhe von 100 Millionen € einzuführen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und Sie übernehmen dann das Defizit?)

Wir wollen den von der Grunddatenanpassung besonders negativ betroffenen Kommunen einen Härteausgleich zukommen lassen. Denn wir wollen verhindern, dass in diesen Kommunen, zum Beispiel mit massiven Gebührenerhöhungen, die Bürgerinnen und Bürger belastet werden.

Sie wissen selbst, dass die Grunddatenanpassung äußerst spät kam und dass viele Kommunen die Mindereinnahmen im Jahr 2011 nicht mehr auffangen können. Kommunen, die 50 % und mehr ihrer Zuweisungen verlieren und die dadurch womöglich sogar in Haushaltssicherung rutschen, sollen aus diesem Härtefonds Unterstützung erhalten.

Meine Herren von CDU und FDP, ich bin im Moment etwas irritiert. Ich frage mich, was gerade mit Ihnen los ist. Sie sind so ruhig! Dabei hatten auch Sie sich am Anfang sehr über diese Grunddatenanpassung und die interne Umverteilung bei der kommunalen Familie ereifert, und Sie haben doch sogar auch dazu beigetragen, dass vor Ort Proteste entstanden sind. Aber seit der letzten Ausschusssitzung sind Sie bis heute in der Frage ganz ruhig geblieben. Was ist los? Haben Sie resigniert? Wollen Sie auf einmal für besonders betroffene Kommunen nichts tun? Oder war das Ganze nur Polittheater Ihrerseits für die Öffentlichkeit?

Meine Damen und Herren, wenn Ihre Proteste keine Sonntagsreden waren, dann möchte ich Sie auffordern: Stimmen Sie doch unserem Antrag auf Härteausgleich zu! Zusammen bringen wir doch eine Mehrheit in diesem Hause zustande. Damit könnten wir dann den ganz besonders stark betroffenen Kommunen helfen. Sie müssen es nur wollen. Wir sind dazu bereit.

Ein Entschuldungsfonds in Höhe von 350.000 Millionen €, der hier auch angesprochen wurde, kann bei etwa 20 Milliarden € an Kassenkrediten wahrlich nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Deshalb haben wir auch dazu einen Änderungsantrag gestellt. Wir

wollen ihn auf 500 Millionen € aufstocken. Unabhängig davon hoffe ich, meine Damen und Herren, dass wir tatsächlich auch von Entschuldungshilfe reden und nicht davon, dass wir Zwangskriterien und Auflagen für die Kommunen aufbauen, ähnlich wie es beim IWF der Fall ist. Ich glaube, das wird nicht dienlich sein.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Im Sinne der Kommunen und vor allen Dingen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger: Kommen Sie zur Besinnung! Steuern Sie um! Hören Sie auf, Kürzungsgorgien auf die kommunale Ebene zu verlagern! – Danke schön.

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Die Linke hat im Gegensatz zu anderen Oppositionsfraktionen in diesem Haus zahlreiche Änderungsanträge eingebracht und gesagt, wo sie mehr Geld will und wo sie Sparpotenziale sieht. Das unterscheidet uns. Einige unserer Initiativen sind durchaus von der Landesregierung aufgegriffen worden, viele andere nicht. Dazu komme ich gleich noch.

Vorweg möchte ich sagen, dass ich an einem Punkt auf jeden Fall mit Herrn Stotko und Herrn Bolte übereinstimme, nämlich in der Frage, dass der öffentliche Dienst auf keinen Fall weiter kaputtgespart werden darf.

Im Gegenteil: Die Einsparungen im Bereich der Umweltverwaltung, im Bereich des Arbeitsschutzes haben zu tiefen Einschnitten geführt. Wir sehen die Folgen jetzt unter anderem bei Envio. Damit muss Schluss sein. Da muss eigentlich wieder draufgesattelt werden.

Der Einzelplan 03 – Inneres und Kommunales – hat ein Gesamtvolumen von rund 4,66 Milliarden €. Die Linke stellt fest, dass es dort durchaus ein bisschen Licht gibt, aber auch ordentlich Schatten. Ich fange mit dem „bisschen Licht“ einmal an:

Herr Bolte hat schon die acht zusätzlichen Stellen für den Datenschutz angesprochen. Das begrüßt die Linke außerordentlich. Heute war in der „WAZ“ wieder zu lesen, dass der Bundesdatenschutzbeauftragte auf die vielen, vielen Lecks und Probleme beim Datenschutz, auch Missbrauch durch staatliche Behörden, hingewiesen hat. Vielleicht können ja die neu eingestellten Datenschützer auch wieder die Scherben aufsammeln, die der Zensus, also die Volkszählung, in NRW anrichten kann.

(Beifall von der LINKEN – Minister Ralf Jäger: Ach, Frau Conrads!)

Der nächste Punkt, ein großer Batzen im Einzelplan 03, der immer von besonderem Interesse ist und hier auch viel Raum eingenommen hat, ist die Polizei. Im Bereich der Polizeibeamten ist zu verzeichnen, dass mit den 300 zusätzlichen Kommissarsanwärterinnen und -anwärtern der zu erwartenden Pensionierungswelle und der Überalterung entgegengewirkt werden soll. Das begrüßen wir.

Leider gilt diese Weitsicht nicht im Bereich der kriminalpolizeilichen Stellen. Denn hier droht immer noch die Überalterung, und es ist immer noch unmöglich, als externer Bewerber direkt

eingestellt zu werden oder als besonders spezialisierter Beamter der Schutzpolizei in den kriminalpolizeilichen Dienst zu wechseln. Sie sollten aufpassen, dass Ihnen die Altersstruktur – das hat mir der Bund der Kriminalbeamten so übermittelt – bei der Kripo und damit verbunden auch das Wegbrechen von Fachwissen in Bezug auf Tatorte, Erkennen von Mustern an Tatorten usw. nicht irgendwann auf die Füße fällt.

Herr Engel hat gerade angesprochen: In der „WAZ“ von heute ist zu lesen, dass es große Probleme bei der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen gibt.

Außerdem ist für unsere Fraktion interessant, dass die Landesregierung leider an einigen Punkten ein Stück weit den „Privat vor Staat-Kurs“ der vorherigen Landesregierung weiterfährt. Ja, die Polizeiwerkstätten bleiben erhalten, Herr Jäger. Aber Sie konnten sich nach den Ekel-, Schimmel- und Schnitzelskandalen nicht dazu durchringen, die Verträge mit den privaten Caterern zu kündigen und die polizeieigenen Einsatzküchen wieder einzuführen.

Es werden abermals 2,5 Millionen € für die Caterer-Verpflegung eingeplant, aber dazu werden wir in Kürze in den Landtag einen politischen Antrag einbringen. Falls Sie dazu schon Pläne haben, würde es mich sehr interessieren, dass Sie die gleich vortragen.

Außerdem haben Sie unseren Antrag, die 13 Azubis in den Kfz-Werkstätten unbefristet zu übernehmen, nicht übernommen. Wir finden, das ist ein trauriges Signal an die jungen Leute, die dringend eine unbefristete Zukunftsperspektive brauchen.

In einem weiteren Punkt zeigen Sie, liebe Landesregierung, dass einige Ihrer Aussagen aus der Oppositionszeit nicht allzu ernst zu nehmen sind. Ich zitiere Konrad Adenauers Satz „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“. So behalten Sie die Landesreiterstaffeln bei, obwohl deren Abschaffung für den Landeshaushalt eine Entlastung von etwa 700.000 € bedeuten würde. Die heutige Vorsitzende des Innenausschusses, Monika Düker, hat ihrer Zeit in der Opposition die damalige Wiedereinführung der Reiterstaffeln durch CDU und FDP als „billigen Populismus“ bezeichnet, der „keine zusätzliche Sicherheit schafft“. – Das ist einen Applaus wert, finde ich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen, von diesen Äußerungen ist jetzt nichts mehr zu hören, und die Reiterstaffeln werden wider besseren Wissens weiter betrieben. Damals kritisierte Frau Düker, dass klar werde, für wen hier Politik gemacht werde, wenn gleichzeitig die Flüchtlingsinitiativen massiv unterfinanziert blieben.

Damit kommen wir zum nächsten Punkt. Bei einem für die Linke sehr elementaren Punkt hat es – das will ich an dieser Stelle nicht verhehlen – nicht zuletzt durch unsere Haushaltsanträge Druck gegeben, der zu einer signifikanten Verbesserung geführt hat: Im Flüchtlingsbereich hat die Landesregierung nachgearbeitet und zum Beispiel den Haushaltsansatz für die Förderung der Flüchtlingsarbeit an bestimmten Stellen auf 180.000 € hochgesetzt; an anderen Stellen ist es ähnlich. Das begrüßt die Fraktion Die Linke ausdrücklich.

Allerdings glauben wir, dass die Mittel trotzdem an vielen Stellen nicht ausreichen werden. Der Flüchtlingsrat und auch die Flüchtlingsinitiativen sind weiterhin unterfinanziert. Das gilt vor allen Dingen, wenn wir mit einem erhöhten Flüchtlingsaufkommen aus Nordafrika rechnen müssen; insofern brauchen wir eine Verstärkung und auch gute Beratungsangebote.

Eines ist wieder einmal sehr zwiespältig: Sie haben den Ansatz für Abschiebungen zwar reduziert, aber leider nur um 2 Millionen €. Es werden also auch in diesem Jahr wieder viele

Abschiebungen durchgeführt werden. Erst gestern ging wieder ein Flieger mit Roma in den Kosovo. Das war eine Sammelabschiebung in ein Land, wo die Menschen Elend, Antiziganismus und Gewalt erwartet. Wir fordern Sie deswegen auf, den entsprechenden Ansatz im Haushalt weiter zu reduzieren, endlich eine konsequente Politik zu verfolgen, die Abschiebungen vermeidet, und sich auf Bundesebene für ein humanitäres Bleiberecht einzusetzen.

Für die Linke ist gerade in Bezug auf Roma und Sinti nicht nur klar, dass wir ihnen gegenüber eine historische Verantwortung tragen, sondern für uns gilt auch weiterhin: Kein Mensch ist illegal.

Erfreut hat unsere Fraktion zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung die Mittel zur Einrichtung von Beratungsstellen für Opfer von rechter Gewalt erstmalig in den Landeshaushalt eingestellt hat. Das zeigt, dass unsere Überzeugungsarbeit – durch unseren Haushaltsantrag und durch den Druck, den wir immer wieder in der Öffentlichkeit und über kleine Anfragen aufgebaut haben – endlich Früchte getragen hat.

Die Linke wird sich auch über das Haushaltsjahr 2011 hinaus dafür einsetzen, dieses Beratungsangebot zu verstetigen und dafür dauerhaft eine solide finanzielle Basis zu schaffen. Da sich die rot-grüne Regierung auf unser Drängen hin dazu entschlossen hat, selber einen entsprechenden Haushaltsantrag einzubringen, gehen wir davon aus, dass wir – wenn wir uns da einig sind – am Freitag gemeinsame Mindeststandards für ein qualifiziertes Beratungsangebot auf den Weg bringen, auf deren Basis das eigentliche Konzept dann zügig entwickelt werden kann.

Mit dem Antrag, den wir am Freitag einbringen, und mit diesen Qualitätsstandards soll zumindest diese Basis gelegt werden, die auch Herr Bolte gerade angesprochen hat. Denn wir brauchen die Sicherheit, dass dann auch wirklich etwas passiert. Deswegen bringen wir am Freitag diesen Antrag ein.

Ich würde gerne noch kurz etwas zum Thema „Prävention“ und insbesondere zum Präventionskonzept von Herrn Jäger sagen. Auch das ist, finde ich, ein zweischneidiges Schwert. Natürlich begrüßen wir Prävention; wir begrüßen die Vermeidung von Haft für junge Leute; wir finden es gut, wenn junge Leute gar nicht erst in ein Jugendgefängnis gehen, sondern aufgefangen werden, bevor die eigentlichen kriminellen Karrieren starten. Das alles nehmen wir zur Kenntnis; auch wir kennen die Ergebnisse der Enquetekommission und beteiligen uns natürlich an der Arbeitsgruppe.

Andererseits besteht aber auch das Problem – ich weiß, das können Sie nicht allein lösen, Herr Jäger, aber ich sage es einmal –, dass die kommunalen Jugendhilfen massiv unterfinanziert sind. Die kriminellen Karrieren starten oft noch viel früher, und die Familien bräuchten eigentlich intensivere Beratungs- und Betreuungsangebote. Man macht aber nur Flickschusterei. Immerhin: Ich begrüße, dass die jugendpolitischen Sprecher in die Arbeit der Präventionsgruppe einbezogen werden. Denn es ist, wie ich finde, falsch, beim Thema Jugendkriminalität den Fokus auf Inneres und Justiz zu legen. Bei diesem Thema müssen die sozialen Einrichtungen und muss die Jugendhilfe beteiligt werden; das ist ganz, ganz wichtig.

Nicht zuletzt erkennt die Linke – das haben wir auch als Antrag formuliert – noch ein gehöriges Sparpotenzial im Einzelplan des Innenministeriums: 4,6 Millionen € werden für das Landesamt für Verfassungsschutz veranschlagt. Es ist ja kein Geheimnis, dass wir eine grundsätzliche Kritik an der Arbeit von Geheimdiensten üben. Aber hier kommt hinzu, dass

es für Parlamentarier und Parlamentarierinnen nahezu keine Möglichkeit gibt, zu kontrollieren, was für den Verfassungsschutz überhaupt ausgegeben wird. Wie viele V-Leute werden denn jetzt in der Naziszene eingesetzt und verhindern so möglicherweise abermals – wie vor zehn Jahren – ein NPD-Verbot? Wie viele Leute bespitzeln denn jetzt linke Gruppen? Der Abschnitt über die Partei Die Linke im letzten Verfassungsbericht ist keinen Cent wert.

Möglicherweise hat ihn ja ein Praktikant oder eine Praktikantin geschrieben. Seit unserer Kleinen Anfrage wissen wir ja, dass Praktikanten und Praktikantinnen in NRW-Ministerien keine Vergütung bekommen.

Angesichts der absolut unvollkommenen parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste fordert die Linke weiterhin konsequent die Abschaffung des Verfassungsschutzes in der jetzigen Form. Wir fordern, das Geld für die Schlapphüte im NRW-Haushalt auf null zu setzen. Denn dieses Geld kann sinnvoller eingesetzt werden, etwa um die Situation von Flüchtlingen zu verbessern oder um jungen Menschen im öffentlichen Dienst eine Zukunftsperspektive zu geben.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

An der Abstimmung zu Einzelplan 03 nehmen wir nicht teil. Das haben wir angekündigt; das gebe ich gleich auch so zu Protokoll. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit – auch für die Ihre, Herr Stotko.

Einzelplan 02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei 2874

Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss noch Wasser auf die Mühlen gießen. Natürlich muss die Ministerpräsidentin das Land repräsentieren und hat somit auch die Aufgabe, Kongresse und Veranstaltungen zu organisieren, Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Zusammenhängen zu treffen und mit ihnen die verschiedensten Problemlagen und Forderungen zu diskutieren.

Allerdings muss bei diesen Veranstaltungen klar zu erkennen sein, dass es sich bei der Veranstalterin um die Ministerpräsidentin des Landes und nicht um die SPD-Politikerin Hannelore Kraft handelt.

Diese notwendige Klarheit in der Trennung der Ämter, nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin und nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft, wird durch die Fortführung der aus dem SPD-Landtagswahlkampf bekannten „TatKraft-Tour“ verwischt. Deshalb haben wir sie mit freundlicher Unterstützung von CDU und FDP – herzlichen Dank, meine Damen und Herren – aus dem Etat genommen.

Herr Priggen zählte gerade die bisherigen Praktika von Frau Kraft auf und bezeichnete das als „Kennenlernen der Lebenswirklichkeit“. – Das kann man machen. Ich hätte mir Praktika in der Art gewünscht, dass man als einzige Verkaufskraft in einer Schlecker-Filiale einen ganzen Tag lang arbeitet.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Danke, ich werde dann gucken kommen. Ich komme als Kunde. Ich denke, dass das kein Zuckerschlecken ist wie die übrigen Praktika, die Frau Kraft bisher absolviert hat.

Wir freuen uns auch, dass die CDU inzwischen verstanden hat, dass die Welt nicht untergeht, wenn sie einem Antrag meiner Fraktion zustimmt, den sie inhaltlich richtig findet, im Gegenteil.

Man kann tatsächlich auch aus der Opposition heraus gestalten. Also bleiben Sie dabei, verehrte Kolleginnen und Kollegen, machen Sie weiter so! Zudem habe ich in den letzten Tagen keinen roten Fahnen auf öffentlichen Gebäuden Nordrhein-Westfalens gesehen. Es geht also.

Des Weiteren ist natürlich die Frage berechtigt, ob denn die zahlreichen Einzelveranstaltungen im Rahmen der Repräsentationsverpflichtungen des Landes und seiner Ministerpräsidentin immer den derzeitigen Kostenrahmen aufweisen müssen und ob es nicht Obergrenzen geben sollte. Darüber sollte man einmal ernsthaft diskutieren. Dies erscheint mir umso mehr angebracht, als man, wenn man genau hinschaut, feststellt, dass alle Einzelveranstaltungen mit einem unterschiedlichen Kostenansatz versehen sind und ausgerechnet für die Gedenkveranstaltungen für Johannes Rau die mit Abstand höchsten Aufwendungen anfallen.

Meine Damen und Herren, es ist keine Frage, dass Johannes Rau ein großer Politiker war. Seine Verdienste für das Land Nordrhein-Westfalen sind immens und werden nicht bestritten, auch nicht von meiner Fraktion. Es ist aber auffällig, dass es immer dann, wenn es um SPD-Politiker geht, die Staatskanzlei so richtig in die Tasche greift.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

So sollte auch eine Veranstaltung anlässlich des 50. Jubiläums von Willy Brandts Rede „Vom blauen Himmel über der Ruhr“ stattfinden.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Gibt es doch gar nicht!)

So muss ich doch sagen, dass ich Gedenkveranstaltungen für das Jubiläum von Reden ein wenig befremdlich finde.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Gibt es doch gar nicht!)

– Ja, eben, die gibt es nicht mehr, weil wir es gestrichen haben.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die gab es schon vorher nicht!)

Frau Kraft, wir haben uns die Tondatei der HMA-Sitzung zukommen lassen und abgehört. Ihr Staatssekretär, der hinter Ihnen sitzt, hat wörtlich gesagt: Es soll eine Feier zum 50. Jahrestag der Rede von Willy Brandt „Vom blauen Himmel über der Ruhr“ geben. Leugnen Sie das bitte nicht. Holen Sie sich die Tondatei, dort können Sie das ganz genau nachhören. Das ist eindeutig.

Frau Ministerpräsidentin, ich sage Ihnen ganz deutlich: Wahren Sie Distanz bei solchen Veranstaltungen. Das tut uns und auch dem Land gut. In Ihrer Funktion als erste Bürgerin des

Landes Nordrhein-Westfalen haben Sie überparteilich zu wirken. Das bedeutet, dass Sie Veranstaltungen der NRW-SPD auch von dieser finanzieren lassen sollten und nicht aus dem Etat der Staatskanzlei. Ich hoffe, dass Sie uns für den nächsten Haushalt einen Entwurf vorlegen, in dem es keine Veranstaltungen mit eindeutigem SPD-Bezug gibt. Das erspart uns das Schreiben von Anträgen auf Streichung und Ihnen die Diskussion um Geschmäcke und um mangelndes politisches Fingerspitzengefühl.

Im Übrigen – das kennen Sie schon – waren die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch.

Die derzeit politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der LINKEN ebenfalls.

Wir werden uns an der Abstimmung über diesen Einzelplan nicht beteiligen. – Ich danke für Ihre Geduld.

Einzelplan 02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Teilbereich Landesplanung

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute über Landesplanung diskutieren, müssen wir zunächst einmal konstatieren, dass die regierungstragenden Fraktionen mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben haben. Ich habe ihren Reden mit Interesse zugehört. Eine politische Nachbetrachtung von SPD und Grünen zur Politik von CDU und FDP in den letzten fünf Jahren mag vielleicht einen gewissen Ablenkungseffekt haben. Es ist auch überhaupt keine Frage, dass es desaströse Urteile gab, für die die ehemalige Landesregierung von CDU und FDP verantwortlich ist. Das hilft Ihnen aber in der Problematik, das Land tatsächlich voranzubringen und zu zeigen, wie eine Landesentwicklung tatsächlich aussehen müsste, wenig weiter.

Der entscheidende Punkt ist: Sie weichen im Moment bei allen Fragen strukturpolitischer Art in Nordrhein-Westfalen vor konkreten Aussagen zurück. Sie setzen alles auf die Zeitachse. Das ist beim Kraftwerk Datteln genauso der Fall wie bei der CO-Pipeline und beim Gas-Fracking. Sie geben keine klaren Antworten, sondern verschieben alles in die Zukunft und setzen auf die Zeitachse. Sie reden sich immer wieder heraus.

Ich möchte sehr deutlich machen, dass Die Linke für eine ökologische und soziale Landes- und Regionalplanungspolitik steht. Diese muss in der Tat nachhaltig sein. Das ist ernst gemeint. Wenn wir einen sozialökologischen Umbau in Nordrhein-Westfalen wollen, muss dieser natürlich auch planungsrechtlich abgesichert und begleitet werden. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gibt es nur gemeinsam. Sie gehören zusammen. Das muss sich in Stadt und Land, an allen Stellen und in allen Politikbereichen konkret widerspiegeln.

Wir stehen als Linke für eine regionale Strukturpolitik. Das wurde von CDU und FDP in den letzten fünf Jahren in keiner Weise gemacht. Sie haben alle Kompetenzen den IHKS überlassen und dadurch auch die Mitsprachemöglichkeiten aufgelöst und zunichte gemacht, die man in der Vergangenheit in regionalen Konsensrunden hatte. An dieser Stelle möchte ich sehr deutlich sagen, dass wir als Linke auf Bürgerinformation, Bürgerbeteiligung und Transparenz achten werden. Dies ist in allen planungsrechtlichen Angelegenheiten notwendig.

Das ist etwas, was CDU und FDP überhaupt nicht gemacht haben. Bisher gibt es aber auch bei SPD und Grünen nur zarte Ansätze.

Zur Energiepolitik muss ich einerseits sagen: Wir wollen eine moderne und nachhaltige Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen moderne Dienstleistungen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Gerade in der Industriepolitik gab es bei den Grünen immer große Beharrungskräfte. Ich weiß, wovon ich rede. Ich war immer ein Vorreiter dafür, andere Schritte zu gehen. Die Grünen sind in der Frage aber nach wie vor Blockierer.

Auch zum Thema Energiepolitik: Wir sind als Linke für den sofortigen Ausstieg aus der Atompolitik in Nordrhein-Westfalen. Bei Gronau gibt es nichts Konkretes. Auch in diesem Punkt warten wir auf Initiativen, damit Gronau endlich seinen Betrieb einstellt. Ich bin sehr gespannt darauf, wie es bei Ihnen weitergeht.

Zur Braunkohle: Der Sündenfall von Garzweiler ist mittlerweile über zehn Jahre her. Die Braunkohleverstromung in Nordrhein-Westfalen geht weiter. Auch dazu sagen wir klipp und klar: Diese größten Dreckschleudern in Europa müssen endlich stillgelegt werden, und die sozial nicht verträgliche Umsiedlungspolitik muss beendet werden.

Wir brauchen endlich eine neue Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen ein Energiewendeszenario von SPD und Grünen, welches wir tatsächlich im Landtag diskutieren können. Auch hier muss man wieder sagen: Sie sind die Antworten bisher schuldig geblieben. Sie haben es aus dem Programm genommen, aber nicht gesagt, was Sie konkret machen wollen.

Wir wehren uns überhaupt nicht dagegen, dass das Landesentwicklungsprogramm und der Landesentwicklungsplan novelliert werden. Von mir aus ist auch die Zusammenlegung eine Möglichkeit. Darüber werden wir sicherlich noch diskutieren. Das Wesentliche dabei ist aber doch, dass bürokratische Hürden abgeschafft werden und trotzdem eine erweiterte und demokratische Mitbestimmung ermöglicht wird. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Vorschläge. Auch das ist wiederum nur Ankündigungspolitik. Sie sagen zwar, in welche Richtung Sie gehen wollen, sagen aber nicht konkret, wie Sie das machen wollen. Wir werden Sie weiter mit diesen Angelegenheiten konfrontieren und weiter treiben.

Wir wollen eine sozial-ökologische Planungs- und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

Einzelplan 02

Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Teilbereich

Europa und Eine Welt

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Der hier zu behandelnde Haushaltsposten „Europa und Eine Welt“ mag ein vergleichsweise kleiner sein, was die finanzielle Dimension angeht. Seine konkrete Bedeutung für die vielen engagierten und oft ehrenamtlich tätigen Idealisten und Idealistinnen in den Organisationen, Gemeinden und Verbänden sowie für die Unterstützung der Menschen vor Ort ist indes immens. Wie bei vielen anderen Posten zählt

Konstantin Weckers Einlassung auch hier – mit Erlaubnis zitiere ich –: „Genug ist nicht genug!“

Die positiven Entwicklungen wollen und können wir also nicht hoch genug würdigen – sind sie oft Ausdruck von Erfolgen, die mit viel Herzblut und wenig Mitteln erreicht wurden. Der Ausbau der Beziehungen in ökonomischer sowie kultureller Hinsicht vor allem zu den Nachbarländern Belgien, Niederlande und Luxemburg ist ein solches Beispiel gelungener Nachbarschaftspolitik, getragen und etabliert auf allen Ebenen der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, 66 Jahre nach dem von Deutschland entfesselten barbarischen Zweiten Weltkrieg leben wir fast friedlich in fast gutem Miteinander in einem vereinten Europa. Gerade Kooperationen in der Jugendarbeit und kultureller Austausch haben ein neues Gefühl des Zusammenhalts geschaffen. Als einen kleinen Indikator für die weiterhin steigende wechselseitige Akzeptanz möchte ich die steigende Zahl an Übernachtungsgästen aus den Benelux-Regionen benennen.

Kurz: Es ist viel erreicht worden – allen historischen Desastern zum Trotz. Wir leben in einem Europa in einer vorher ungekannten, fast friedlichen Epoche. Ich hoffe für alle nachwachsenden Generationen, dass dies auch so bleibt.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Durchführung des Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahres ausdrücklich. Polen wird in den nächsten Jahren in vielfältiger Hinsicht ein Partner für NRW. Die Republik übernimmt in diesem Jahr den Vorsitz des EU-Rates. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk feiert Geburtstag. Dieses Jahr jährt sich der Deutsch-Polnische Nachbarschaftsvertrag zum 20. Mal. Gerade die Aussöhnung Deutschlands und Polens kann ein Vorbild für andere Regionen nicht nur in Europa, sondern auch in der Welt sein.

Nicht zuletzt tritt am Internationalen Tag der Arbeitnehmer(innen)bewegung, am 1. Mai, die Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus den 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten der EU in Kraft.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Euro-Krise und dem damit einhergehenden verstärkten Sozialkassenschlag vor allem in den Ländern, die Wirtschaftshilfen empfangen, ist allerdings – das sollte uns allen klar sein – eine zunehmende Euro-Skepsis und ein Erstarken rechtsextremer Kräfte in vielen Mitgliedstaaten der EU zu beobachten. Diesem Trend muss durch konsequentes und zugleich konkretes Werben für die Völkerverständigung entgegengewirkt werden. Da, Herr Dr. Wolf, sehe ich auch die Kommunen in der Pflicht. Und ich sehe die Landesregierung auf einem guten Weg, dieses zu unterstützen.

Wenn wir vermeiden wollen, dass sich rassistisches, nationalistisches und intolerantes Gedankengut weiter ausbreitet, darf die europäische Integration nicht weiter mit Sozialkürzungen, Privatisierungen und Aufrüstung einhergehen.

Vielmehr sollten wir uns als Europäer und Europäerinnen dem Anspruch stellen, als vorbildlich in Fragen der Bildung, der Gerechtigkeit, des Friedens, der Demokratie, der Transparenz und der Nachhaltigkeit gelten zu dürfen. Die Bemühungen von uns allen in Europa müssen in diese Richtung gehen. Für dieses Europa streitet Die Linke. Wir wollen ein Europa des Miteinanders.

Die einzigartige Geschichte des Wandels eines Kontingents, auf dem zwei verbrecherische Kriege geführt wurden, hin zu einer Gemeinschaft, in der alte Feinde in Frieden zusammenleben, kann ein historisches Vorbild für die konflikträchtige Gegenwart sein. Allerdings gelingt dieses nur, wenn wir nicht wieder in eine Situation kommen, in der Länder gegeneinander ausgespielt werden oder in der die EU mit Sozialabbau und Aufrüstung verbunden wird. Das Europa der Spekulanten und Sozialräuber muss scheitern.

Wir fordern einen Neustart der Europäischen Union, fokussiert auf die Ziele soziale Gerechtigkeit, Ökologie, Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit.

Einen wichtigen Schritt hin zu mehr demokratischer Partizipation innerhalb der Europäischen Union stellt die Einführung der europäischen Bürgerinitiative dar. Auch wenn dieses Element direkter Demokratie nur ein erster Schritt sein kann, bitten wir die Landesregierung, aktiv über diese Möglichkeit der Beteiligung zu informieren und den Weg der Einbindung der Bürger und Bürgerinnen in die Entscheidungsfindung voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die aktuellen Ereignisse in Nordafrika stehen wir durchaus an einer entscheidenden Gabelung der Geschichte Europas. Welches Europa wollen wir? Für welches Europa stehen wir ein? Ein Europa des Sozialabbaus, der Entsolidarisierung, der Aufrüstung, das sich von den Menschen zusehends entfernt und so den Le Pens, Wilders' usw. in die Hände spielt oder ein Europa, basierend auf dem Grundgedanken der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, gegendert Schwesterlichkeit?

Die Antwort der Linken kennen Sie. Aber jetzt, Kolleginnen und Kollegen, gilt es für Sie, Farbe zu bekennen. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die EU steht, ist eine konsequente Fortsetzung und Vertiefung des europäischen Engagements NRWs unabdingbar. Nichtsdestotrotz ist bei der Aufstellung dieses Haushaltes zu beachten, dass der Ausschuss für Europa, Internationales und Eine Welt, wie schon der Name es sagt, eine breite Palette an Aufgaben hat.

In zahlreichen Gesprächen habe ich mich über die vorbildliche Arbeit vieler Organisationen in den Partnerregionen NRWs, zum Beispiel Mpumalanga und Ghana, informiert. Neben dem Erfolg der bisher geleisteten Arbeit und der Freude daran wurde aber auch immer wieder auf die knappe finanzielle Ausstattung der Projekte und die Notwendigkeit von Landeshilfen verwiesen. Ein breites Spektrum an Organisationen, Künstlern, Kirchen und Schulen beteiligt sich mit Elan und Fachkompetenz an der Zusammenarbeit und wird natürlich auch von der Landesregierung unterstützt.

Ich denke, dass es trotz einer Haushaltsdebatte wichtig ist, an dieser Stelle diesen Menschen einmal unseren Dank auszusprechen. Sie leben nämlich die Solidarität, die wir als vorbildlich für eine solidarische Gesellschaft sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich kann und will an dieser Stelle allerdings nicht unerwähnt lassen, welche Konsequenzen Ihre medienwirksame Selbstinszenierung als Klagesteller gegen den Nachtragshaushalt hat. Ist Ihnen bekannt, dass Sie genau diese lobenswerte, vorbildliche und ohnehin mit knappen Mitteln bedachte Arbeit deutlich erschwert haben? Ein faktischer Nebeneffekt Ihrer Entscheidungsallüren ist, dass für die in diesem Bereich angestellten Menschen Unsicherheit besteht, ob ihre Arbeit und ihre Projekte über den 30. Juni hinaus Bestand haben werden.

Ihre Drohung, liebe Kollegen von CDU und FDP, den 2011er-Haushalt ebenfalls durch eine Klage zu torpedieren, hat weitreichende Folgen unter anderem für das Koordinatorenprogramm. Ist Ihnen klar und bekannt, dass durch Ihre politischen Manöver präventiv Kündigungen ausgesprochen und Arbeitslosenmeldungen eingereicht werden mussten? Ich bezweifle, dass Sie sich diese Konsequenzen bewusst gemacht haben, und denke – das fordere ich auch ein –, dass Ihnen eine Entschuldigung bei den Betroffenen in diesem Zusammenhang gut zu Gesicht stünde.

Ich komme zum Positiven zurück und möchte ausdrücklich involvierte Unternehmen aus der Wirtschaft und der IHK danken, die ihrerseits die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen fördern. Auch wir begrüßen dieses soziale Engagement, allerdings ist dies mit der Forderung verbunden, dass diese Förderung und Unterstützung nicht nach wirtschaftlichen Interessen, sondern den Bedürfnissen der Menschen auszurichten ist.

Kolleginnen und Kollegen, jeden Tag erreichen uns neue Bilder von Flüchtlingen aus Afrika, die unter Einsatz ihres Lebens den Weg nach Europa suchen. Von den Tausend Personen, die den Weg nicht schaffen und jämmerlich in den Fluten des Mittelmeers ertrinken, erreichen uns allerdings nur selten Bilder.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich auf humanitäre Hilfen für diese Flüchtlinge hinzuwirken und ihnen ein geregelteres Asylverfahren in der EU zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist namentlich das kapitalistische System, das diese Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auf der Welt erzeugt, die wir hier nur punktuell durch Entwicklungshilfe bekämpfen können, oder, wie es im Leitbild der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen heißt – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis –:

„Die Glaubwürdigkeit des Westens ist für diese Zukunft entscheidend. Sie ist an vielen Stellen verletzt, vor allen Dingen im Welthandel, der viel zu wenig dem Gebot der Fairness entspricht und der global verbindlicher Regeln bedarf. ... Umwelt- und entwicklungspolitisches Handeln im großen und im kleinen Maßstab tragen dazu bei, diese neue Weltordnung vorzubereiten.“

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, der Ruf nach einer neuen Weltordnung ist keine linke Fantasie, sondern ein Gebot der Fairness, eine Grundlage der Demokratie. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Einzelplan 02

Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Teilbereich

Medien

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, ich habe mich nicht mit Frau Verpoorten zu einigen Gläschen Eierlikör getroffen und meine Rede abgesprochen, wenngleich sicherlich einige Problemschilderungen ähnlich klingen werden. Aber das liegt einfach in der Natur der Sache und den Mängeln, die derzeit in der Medienpolitik des Landes herrschen.

Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich gern aus dem Erläuterungsband zu diesem Haushaltstitel zitieren:

„Der Gesamtansatz des Kapitels ist gegenüber 2010 um 500.000 € angehoben worden. Dieser Anstieg ist insbesondere vorgesehen für die Förderung von Medienkompetenz.“

Und nun möchte ich gern an die unterhaltsame Diskussion im Haupt- und Medienausschuss erinnern, in deren Verlauf eigentlich geklärt werden sollte, was die Landesregierung denn genau zu unternehmen gedenke, um die Medienkompetenz zu fördern. Ich sage deshalb „unterhaltsame Diskussion“, weil es schon Spaß gemacht hat, mitzubekommen, wie die geschätzte Kollegin Vepoorten nicht müde wurde, immer wieder nachzufragen, mit welchen Maßnahmen denn die Medienkompetenz bei wem gestärkt werden soll, und der Herr Staatssekretär immer wieder versucht hat, an dieser Frage vorbei zu antworten.

(Zuruf von der SPD: Nein, er hat sehr geduldig geantwortet! – Britta Altenkamp [SPD]: Da hat Herr Eumann pädagogisches Geschick bewiesen!)

– Ob das pädagogische Geschick war, Frau Altenkamp, das weiß ich nicht.

Schließlich und endlich musste Herr Eumann aber doch zugeben, dass man einen konkreten Haushaltstitel um 250.000 € erhöhen will, ohne dass ein Konzept vorhanden wäre, aus dem hervorgeht, was man denn nun eigentlich genau mit dem Geld machen will.

Auch wenn meine Fraktion es grundsätzlich sehr begrüßt, dass die Landesregierung Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz anstoßen will, scheint es doch ein merkwürdiges Vorgehen zu sein, wenn mal eben 250.000 € für einen Haushaltstitel eingestellt werden sollen und erst danach ein Konzept erarbeitet wird. Versuchen Sie mal, zu einer Bank zu gehen und einen Existenzgründungskredit zu beantragen: Wenn Sie dann sagen, dass Sie Ihr Konzept erst vorlegen, wenn Sie das Geld haben, wird man Ihnen sehr schnell den Ausgang zeigen.

Ohne die wichtige Arbeit der Filmstiftung schmälern zu wollen, ist mir nicht ganz ersichtlich, weshalb der großzügig bemessene Etat dieser Einrichtung nochmals um 200.000 € erhöht wird, vor allem wenn man bedenkt, dass die Filmstiftung neben ihren anderen Aktivitäten auch die Digitalisierung von Kinos fördert, allerdings nur – und hier liegt das Problem – die Digitalisierung von gewerblichen Kinos. Die kommunalen Kinos bleiben außen vor. Aber gerade diese kommunalen Kinos sind wichtig für kleine Städte, die von Großstädten mit uniformen Multiplexen umgeben sind. Es gibt nämlich genug Menschen, die für einen Kinobesuch nicht aus ihrer Stadt herauswollen, und es gibt auch genug Personen, die Multiplexkinos einfach per se ablehnen.

Wenn die kommunalen Kinos nicht dabei unterstützt werden, ihre Kinos an den technischen Fortschritt – sprich: die Digitalisierung – anzupassen, fallen sie immer weiter ab und sind schließlich in ihrer Existenz bedroht; denn in einigen Jahren wird es keine Filmrollen mehr geben – in ca. fünf Jahren wird man in NRW digitalisiert sein –, die Filme werden dann auf digitalen Datenträgern ausgeliefert. Ohne die passende Technik kann man Kinos nur noch schließen.

Kommunale Kinos sind freiwillige Leistungen der Städte, und dafür dürfen viele Städte kein Geld mehr ausgeben. Um dem entgegenzuwirken, haben wir einen Antrag eingebracht: Wir wollen zunächst vier kommunale Kinos aufrüsten und dies in den darauffolgenden Jahren weiter fortführen.

Auch wenn es in den bisherigen Beratungen keine Mehrheit für unseren Antrag gab, möchte ich daran erinnern, dass die kommunalen Kinos wichtige Bestandteile der Filmkultur sind, und wir hoffen, dass die Landesregierung sie nicht im Regen stehen lassen wird und eine andere Lösung findet.

Im Übrigen ist es so: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierende Verfolgung waren falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch. Die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der Linken ist ebenso falsch. – Ich danke für Ihre Geduld.

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

Gunhild Böth (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe ja immer das Vergnügen, nach Frau Pieper-von Heiden zu sprechen. Das liefert mir – das muss ich ehrlich sagen – immer schon ganz viel Stoff. Heute ist auch die Redezeit ausreichend, um darauf zu antworten.

Fangen wir doch einmal bei dem Punkt an, mit dem Sie aufgehört haben, Frau Pieper-von Heiden. Mir erschließt sich überhaupt nicht, warum Sie einerseits pausenlos erklären, die Regierung wolle mit ihrer Vorlage viel zu viel Geld ausgeben – sie mache viel zu viele Schulden und sehe viel zu viele Ausgaben vor –, und sich gleichzeitig hierhin stellen und sagen können: Aber dafür haben Sie nicht genug, und dafür haben Sie nicht genug, und da und da und da haben Sie auch nicht genug. – Sie müssen mir einmal erklären, wie Sie das begründen wollen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, sind Sie ja nicht bei der Nummer der CDU „Wir machen ganz viele Stellen platt“ dabei. Übrigens würde mich auch einmal interessieren, wie sich das realisieren lässt. Ich habe Sie bisher nicht so verstanden, dass Sie diesen komischen pauschalen Antrag mittragen. So etwas würde auch gegen jedes Schulrecht und gegen jede Verpflichtung des Landes auf die Ausfinanzierung von Schulen verstoßen.

Aber auch das ist leider nicht im Ausschuss diskutiert worden, weil diese Anträge im Ausschuss nicht vorlagen. Das wird alles erst nachgeschoben, damit man es hier im Plenarsaal pressewirksam verkaufen kann, aber natürlich nirgendwo nachweisen muss, dass das, was man da selber in den Raum stellt, auch Hand und Fuß hat.

Lassen Sie mich nun auf den Haushalt eingehen; denn das ist der Punkt, über den wir jetzt diskutieren wollen, und zwar über den Einzelplan 05, Ministerium für Schule und Weiterbildung. Es gibt im Haushaltsplan einen Stellenaufwuchs, der zum Teil, wie Herr Link schon gesagt hat, nicht so viel auf eigener Initiative beruht, sondern der Nachlässigkeit der schwarz-gelben Landesregierung geschuldet ist, zum Beispiel im Gymnasium das Übertreten der Schülerinnen und Schüler aus der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II überhaupt nicht berücksichtigt zu haben. Da sage ich mir immer, so etwas macht man doch mit Absicht. Denn es war doch klar, dass sie in die Sekundarstufe II übertreten würden. Oder hat die schwarz-gelbe Landesregierung angenommen, dass ein kompletter Jahrgang sitzenbleibt?

Der nächste Punkt, der gemeinsame Unterricht, ist auch so eine Sache. Hier sagen Sie immer: Oh, gemeinsamer Unterricht, da muss aber unbedingt was passieren!

Aber dann veranschlagen Sie nicht die entsprechenden Mittel für Stellen. Wir könnten noch verschiedene andere Teilbereiche betrachten.

Wir haben hier lange über den Schulversuch der Ministerin zur Gemeinschaftsschule diskutiert; das tun wir ja jedes Mal. Ich habe dazu auch ein paar Fragen. Zum Beispiel interessiert mich der Unterschied zwischen Gemeinschaftsschule und Gesamtschule. Der Staatssekretär sagt ab und an mal, die Gemeinschaftsschule sei die kleine Schwester der Gesamtschule. – Damit kann ich mich durchaus einverstanden erklären.

Ich muss zu dem Schulversuch ehrlich sagen, ich verstehe das Verwaltungsgericht Arnberg nicht, das gestern entschieden hat: Der Schulversuch geht nicht; Gemeinschaftsschule geht nicht, weil es ein Schulversuch ist. – Ich bitte Sie, zurzeit läuft der Schulversuch Kompetenzzentren – FDP und CDU sind da wohl einig –, der ein erster Schritt hinsichtlich Inklusionsplan ist. Dort versuchen wir, Förderschulen in Schulen ohne Schülerinnen und Schüler umzubauen, aber mit Lehrkräften, die in die Regelschulen reingehen, um Kinder zu fördern, bevor sie ausgesondert werden. Dass das gemacht werden soll, wird von allen sehr begrüßt. Wir haben der Landesregierung einhellig den Auftrag gegeben, einen Inklusionsplan zu erstellen, und da läuft ein Schulversuch mit 50 Schulen.

Wenn ich das richtig verstanden habe und Sie alle hell begeistert sind, dass es auf keinen Fall einen Schulversuch geben darf, was die Gemeinschaftsschule angeht, müssten Sie eigentlich konsequenterweise fordern, den Schulversuch Kompetenzzentren auf der Stelle abubrechen, ohne abzuwarten, was dabei herauskommt. – Aber das ist doch genau Ihre Idee gewesen. Und bisher waren wir doch auch immer der Meinung, erst mal einen Schulversuch zu machen und auszuwerten, bevor man die Schule umkrepelt. Das ist doch genau das, was Sie sonst immer gefordert haben.

Zurück zum Haushalt: Der Schulversuch Kompetenzzentren, den wir bisher einhellig getragen haben – es mag ja sein, dass ich das auch wieder falsch wahrgenommen habe, und Sie jetzt um die Kurve kommen und sagen, jetzt machen wir das alles anders –, steht für die nächste Zeit an, weiterentwickelt zu werden, steht an mit dem Inklusionsplan. Eines ist auch klar: Dieser Landtag wird dazu stehen müssen, nicht nur zu bekunden: „Toll, wir machen jetzt Inklusion“, sondern auch die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Inklusion überhaupt möglich wird. Wer hier über Inklusion redet, soll anschließend auch über die Mittel reden, die dazu notwendig sein werden.

Demografische Gewinne: Alle reden immer über demografische Gewinne. Im Schulausschuss läuft noch die Debatte über den Antrag der Linken „Stufenplan – kleine Klassen“. Interessanterweise hat vorhin Herr Prof. Sternberg, glaube ich, diesen Antrag mal der Landesregierung zugeordnet. Das ist nicht so, wenn ich das richtig sehe.

Demografische Gewinne im System zu lassen, was heißt das denn? Wir reden hier darüber, dass man sie für mehr Lehrerstellen, zur Reduzierung der Klassenfrequenzen verwenden kann. All das ist möglich. Es gibt auch noch ganz andere Vorschläge.

Ich meine, in nächster Zeit müssen wir unbedingt in die Hand nehmen, für die Kommunen Vorgaben zu machen, was die Räumlichkeiten angeht. Sonst werden wir das Schulsterben, die Schulschließungen nicht aufhalten. Eines ist doch klar: Jede Schule, die jetzt geschlossen wird, jedes Schulgebäude, das verkauft oder umgenutzt wird, werden wir in den nächsten 20 Jahren nicht wiedererhalten.

Insofern sind neue Richtlinien für ein Raumprogramm oder irgendetwas Ähnliches unbedingt notwendig – auch im Sinne der Inklusion, die wir hier alle wollen, und im Sinne eines modernen Unterrichts, der eben nicht so ist, dass man die Tür aufmacht, 30 Kinder reinstopft, eine Lehrkraft dazustellen, die Tür zumacht, und dann soll das Unterricht sein, wie wir ihn uns vorstellen.

Frau Pieper-von Heiden, Sie wissen das auch, dass es so nicht geht. Das bedeutet, Sie werden, wenn ich Sie richtig verstanden habe, da Sie gerade die große Welle für individuelle Förderung gemacht haben, sich wohl auch daran beteiligen, den Kommunen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie solche Räume vorhalten und das umsetzen können, was wir alle uns unter individueller Förderung vorstellen.

Im Haushalt gibt es noch einige andere Dinge, wie zum Beispiel das Landesinstitut. Das haben wir leider im Schulausschuss auch nicht diskutiert, weil die Anträge erst im Haushalts- und Finanzausschuss beraten worden sind. Es ist eine Forderung der Bildungskonferenz. Das, was Sie vorhin über das Landesinstitut gesagt haben, Frau Pieper-von Heiden – Entschuldigung –, war schlicht und ergreifend eine Unverschämtheit.

Das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung war eines der renommiertesten Institute, nicht nur in Deutschland, sondern europa- und weltweit. Wir haben nicht umsonst auf internationalen Konferenzen als Referenzsystem gegessen.

Die Veröffentlichungen und Konzepte des Landesinstituts sind in Kanada und den USA zitiert worden. Das, was Sie sich hier leisten, indem Sie Einrichtungen, die über Jahrzehnte einen guten Ruf genossen haben, nicht nur geschlossen und zerschlagen, mal kurzfristig in Unterabteilungen eines Ministeriums aufgeteilt und mit anderen Aufgaben versehen haben, sondern auch seinen ganzen Auftrag zerschlagen haben, war schon eine Dreistigkeit. Insofern bin ich froh, dass das Landesinstitut – so lautet wohl der Antrag von SPD und Grünen – langsam wieder auf den Weg gebracht werden soll.

Das Gleiche gilt für die RAAs. Selbstverständlich müssen die RAAs ausgeweitet werden. Denn um das einmal ganz deutlich zu machen: Über 50 % aller Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen in den Großstädten in Nordrhein-Westfalen haben Migrationshintergrund. Das heißt, die natürliche Mehrsprachigkeit wird eine der besonderen Aufgaben sein. Diese Bevölkerung ist schlicht und ergreifend die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Wenn wir die nicht ordentlich fördern, dann sind wir anschließend wieder dabei, irgendwelche Reparaturbetriebe anzulegen. In Wuppertal würde man dazu sagen: „Rausgeschmissen Geld“.

Jetzt zu der anderen Frage, weshalb wir auch nicht an der Abstimmung teilnehmen werden, nämlich zu der Frage der pauschalen Minderausgaben, so wie sie hier vom Finanzminister angedacht worden sind. Ich kann nur sagen: Wenn ich nicht weiß, wo und wie sich das im Einzelplan 05 darstellen soll, kann ich mir darüber kein Urteil bilden. Insofern kann ich dann natürlich auch nicht abstimmen.

Wir haben noch andere Anträge eingebracht. Wir sind froh, dass die anderen Fraktionen auch der Auffassung waren, dass die Weiterbildungsmaschine nun überhaupt keinen Platz mehr in diesem Haushalt finden soll und auch nicht mit Geld versehen werden muss. Wir hatten das angefragt. Das ist dann offensichtlich in einen Antrag gemündet, der mit unserem identisch war. Insofern ist das Geld jetzt gestrichen worden. Das ist gut so.

Ich möchte noch einmal an das erinnern, was vorhin schon Frau Beer – ich meine, sie war es – ausgeführt hat.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja!)

Wir haben einen Antrag gestellt, die Finanzierung der privaten Ersatzschulen – ich möchte das noch einmal begründen – zu reduzieren. Bisher werden private Ersatzschulen bis auf 10 % vom Staat finanziert. Das gibt es in anderen Staaten so nicht. Wenn die CDU jetzt auch der Auffassung ist, dass hier reduziert werden soll, dann sollten wir uns zusammentun und im Haushalts- und Finanzausschuss einen entsprechenden gemeinsamen Antrag stellen.

Dann haben wir nämlich auch Kompensationsmittel für das, was noch in den Einzelplan herein muss.

Bärbel Beuermann (LINKE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Witzel, Ihre Reaktion, aber auch die der Kollegen der FDP und der CDU, auf das Wort „Gemeinschaftsschule“ ist schon fast mit einem Pawlowschen Reflex zu vergleichen. Nicht dass bei Ihnen dann der Speichel läuft, sondern Sie bellen und beißen hier herum, schlagen auf die Landesregierung ein und zeigen mal wieder auf, wie weit entfernt Sie von der Realität im Schulleben sind.

Schade, denn es gibt auch noch andere Dinge im Schulalltag, die für uns wichtig zu sein haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine gute Schule braucht man gute Lehrerinnen und Lehrer. Eine gute Qualität setzt aber ein motiviertes und zufriedenes Kollegium voraus. Wir erleben unter den Lehrerinnen und Lehrern aufgrund des erheblichen Nettoeinkommensunterschiedes eine Unzufriedenheit zwischen angestellten und verbeamteten Kolleginnen und Kollegen.

Neben dem tatsächlichen finanziellen Unterschied wurmt die angestellten Kolleginnen und Kollegen der Umstand, der zu dieser Ungerechtigkeit führt. Letztlich ist es der Zufall, der über die Frage entscheidet, ob eine Lehrerin oder ein Lehrer verbeamtet wird oder nicht.

Ist heute die Altersgrenze noch 40 Jahre, bis zu der eine Pädagogin oder ein Pädagoge verbeamtet werden kann, so können dies morgen 35 Jahre sein. Im Dienst spielt der Unterschied keine Rolle mehr. Dieser Umstand sollte keinen Einfluss auf die Qualität des Unterrichts haben. So, wie Schülerinnen und Schüler und Eltern einen Anspruch haben, einen guten Unterricht erleben zu dürfen, so hat die Lehrerin/der Lehrer einen Anspruch, dafür angemessen bezahlt zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durchschnittlich 600 € netto weniger als ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen verdienen Angestellte im Schuldienst. Diese Ungerechtigkeit lastet auf unseren Schultern und Schulen wie Blei.

Daher muss es eine Anpassung geben, die bisher im Haushalt im Einzelplan 05 nicht vorgesehen ist.

Wenden Sie sich endlich mal auch diesen Problematiken zu, und geifern Sie hier nicht rum, als wenn Ihnen der Knochen weggenommen werden soll.

Meine Damen und Herren, zudem müssen wir uns auch der Möglichkeit zuwenden, einen Ausgleich für die Kolleginnen, Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen an Schulen zu erzielen. Diese Kolleginnen – wir haben in diesem Hause schon darüber debattiert – machen eine Arbeit, die unverzichtbar und gesetzlich vorgegeben ist, sie erhalten aber keinen Ausgleich.

Wir fordern Sie auf – Sie kennen unseren Antrag –, dass diese Kolleginnen wenigstens eine Stunde Entlastung pro Woche erhalten. Sicher wird jetzt sofort wieder der Pawlowsche Reflex kommen: Aber sie bekommen ja eine Entlastung. Nein, diese Entlastung beruht eben nur auf Freiwilligkeit der Schule.

Also noch einmal: Bitte nicht nur die Gemeinschaftsschule in den Fokus stellen, sondern die breite Schullandschaft nicht aus den Augen verlieren. Ich glaube, dann können auch Sie als FDP und auch Sie als CDU eine gute zielorientierte Schulpolitik für dieses Land, für Schüler, für Eltern und für Kolleginnen und Kollegen machen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Einzelplan 06

Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Gunhild Böth (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hängen etwas in der Zeit. Deshalb habe ich mich auch mokiert und einen Zwischenruf gemacht, ob ihr denn alle kein gemütliches Zuhause habt und die Debatte hier noch verlängern wollt. Insofern – jetzt ernsthaft zur Sache! – werde ich beim Einzelplan 06 nicht alles wiederholen, was ich gut und sinnvoll finde, sondern mich auf die Dissenspunkte begrenzen.

Wir haben gerade gehört, dass wir offensichtlich wieder bei „Wünsch Dir was“ – einer bekannten Sendung, die es früher im Fernsehen gab – und der üblichen Märchenstunde sind. Also: Wir wollen zwar bei allem mehr und es fortsetzen, aber gleichzeitig wollen wir weniger ausgeben.

Herr Hafke, Sie haben gerade gesagt, Sie wollten gerne zusätzliche Mittel generieren und diese dann auch sinnvoll einsetzen. Das würde natürlich bedeuten, dass Sie irgendwann einmal mit einem Antrag herüberkommen müssten, aus dem hervorgeht, welche zusätzlichen Mittel Sie eigentlich wo generieren wollen. Schließlich können Sie sie nicht aus den Hochschulen heraus generieren. Vielmehr brauchen wir ganz offensichtlich Bundesratsinitiativen oder Anträge, die Sie hier stellen, damit zusätzliche Mittel generiert werden können. Ich habe bisher auch keinen Antrag gesehen, demzufolge jetzt die Hochschulen Mittel generieren sollen.

Wir haben einen Dissens in dem Punkt „Studiengebühren“, und zwar nicht in Bezug auf die Abschaffung der Studiengebühren, sondern in Bezug auf die Kompensation der Studiengebühren. Um das ganz deutlich zu machen: Durch die nicht auskömmliche Kompensation werden die Hochschulen weiterhin provoziert, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Es gibt auch einzelne Hochschulleiter wie den Rektor in Köln, die androhen, dass es zu Kündigungen kommen kann, oder diese sogar schon angekündigt haben.

Das Problem ist nicht, dass die Studiengebühren wegfallen. Der Wegfall der Studiengebühren war vielmehr eine sehr vernünftige Überlegung, die dazu führen soll, dass der Anteil der akademisch ausgebildeten Menschen in diesem Bundesland steigt. Wir können gerne eine kleine Wette darauf abschließen, Herr Hafke. Auch wenn ich nicht weiß, was Sie setzen

wollen, bin ich durchaus bereit, hier mit Ihnen zu wetten, dass wir demnächst mehr Studierende haben werden – und auch mehr Studierende aus Haushalten, die nicht so viel verdienen, dass sie ihren Kindern locker das Studieren ermöglichen können. Wir werden es sehen!

Die Abschaffung der Studiengebühren hat vielen Studierenden den Druck genommen. Gleichzeitig wird der Druck jetzt aber auf die Hochschulen übertragen, weil nicht zu 100 % kompensiert worden ist. Das ist völlig klar. Es ist nur die Gesamtsumme zu 100 % kompensiert worden, aber nicht die Summe für jede einzelne Hochschule.

Was mich immer wieder aufregt und auch zu Zwischenrufen provoziert, ist die Tatsache, dass CDU, FDP und die Linke gemeinsam die Chance gehabt hätten, eine ausreichende Kompensation in dieses Gesetz hineinzustimmen, und dass Sie sich dem verweigert haben. Ich kann nicht einsehen, dass Sie sich dann immer wieder hierhin stellen und sagen, es sei doch unglaublich, dass die Koalitionsfraktionen das nicht gemacht hätten.

Wir hätten die Möglichkeit gehabt, es zu tun. Sie aber haben gesagt: Nein, mit der Linken spielen wir nicht. Das sind Schmuddelkinder. Deshalb können wir das jetzt nicht machen.

Da kann ich nur sagen: Diese Art von Politik ist furchtbar stumpf. Sie ist auch an den Hochschulen nicht vermittelbar. Sie können es ja gerne einmal versuchen.

Dass es bei diesen globalen Ausgaben und globalen Einnahmen der Hochschulen zu prekärer Beschäftigung kommt, dass es unsichere Zukunftsaussichten für akademisches Personal, für angehende Professorinnen und Professoren, gibt und dass es Qualitätsverschlechterungen geben kann, hat allerdings weniger mit der mangelhaften Kompensation zu tun. Schließlich bekommen, wie hier richtig benannt worden ist, die Hochschulen an sich eine Menge Geld. Das Grundproblem der ganzen Hochschulfinanzierung ist also nicht nur die zu geringe Basis der Hochschulfinanzierung, sondern gleichzeitig auch das Hochschulfreiheitsgesetz.

Damit kommen wir zu einem Punkt, der ganz dringend geändert werden muss. Das ist die Regelung, dass die Hochschulen in diesem Sinne autonom und autark sind, damit zu machen, was sie wollen, dass sie also über ihre Beschäftigungsverhältnisse komplett selbst bestimmen, egal wie viel das Land Nordrhein-Westfalen in die Hochschulen steckt.

Das Gleiche – das haben wir neulich auch im Ausschuss diskutiert – gilt für die Zielvereinbarungen. Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt für das Land Nordrhein-Westfalen, wenn die Ziele an den Hochschulen nicht erreicht werden? Welche Möglichkeiten der Steuerung gibt es insgesamt? Es kann ja wohl nicht sein, dass Hochschulen des Landes, also staatliche Einrichtungen, mit dem Geld, das ihnen gegeben wird, tun und lassen können, was sie wollen. Da müssen wir ran. Ich hoffe, wir werden demnächst auf den guten Weg kommen, ein neues Hochschulgesetz zu machen. – Danke.

Einzelplan 10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Teilbereich Umwelt und Naturschutz

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Entwurf des Einzelplans 10 sind bisher 834 Millionen €

vorgesehen. Das ist erst einmal etwas mehr als im letzten Jahr. Aber werden wir denn mit diesem Haushalt den uns gestellten Herausforderungen gerecht? Ich meine, kaum. Denn der Klimawandel wird sich auf Nordrhein-Westfalen auswirken, und es muss daher auch von hier aus vorgesorgt werden, und zwar in allen Bereichen.

Nun zum Umwelt- und Naturschutz. Zu diesem Thema begrüßen wir Linken selbstverständlich, wenn hier eine gentechnikfreie Landwirtschaft beschlossen wird. Ähnlich wie bei der Atomkraft wird auch mit der Gentechnik Zauberlehrling gespielt, und die Kräfte, die dabei gerufen werden, werden wir und auch unsere Kinder und Kindeskinde nicht los. Im Interesse unserer Gesundheit und der Gesundheit der kommenden Generationen, im Interesse des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen muss auch auf diesem Gebiet endlich mit dem Machbarkeitswahn aufgeräumt werden.

Nicht erst seit gestern, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern seit vielen Jahren ist klar, dass die Auswirkungen gentechnisch veränderter Lebewesen auf die gesamte Ökosphäre völlig unvorhersehbar sind. Ebenso klar ist: Es gibt keine verlässlichen Mittel, die Auswilderung gentechnisch veränderter Pflanzen und Mikroorganismen zu verhindern. Sie bleiben nicht auf das Feld beschränkt, wo gentechnisch manipulierte Nutzpflanzen angebaut werden. Sie überschreiten diese Grenzen und führen zur Ausbreitung von Organismen, die außerhalb der natürlichen Entwicklungsgeschichte stehen, die, wie Sie alle sehr gut wissen, viele Millionen Jahre gedauert hat.

Der Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft, der von den großen Konzernen und vom Agrobusiness aufgrund ihres Profitinteresses vorangetrieben wird, muss ein Ende haben – nicht nur bei uns hier in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland, in Europa und weltweit. Und da drohen viele Gefahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommission der Europäischen Union will Futtermittel zulassen, die mit gentechnisch verändertem Material verunreinigt sind – und das ohne jede rechtliche Grundlage. Die Landesregierung ist aufgefordert, im Bundesrat dagegen vorzugehen und die Bundesregierung aufzufordern, sich in der EU dafür einzusetzen, dass das verhindert wird.

Wir Linken sehen den Umwelt- und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen nicht als gewährleistet an, solange es hier bei uns den Braunkohletagebau gibt. Damit werden nicht nur die Landschaft und die Lebenswelt vieler Menschen weiträumig verwüstet, sondern auch ein fossiler Energieträger gefördert, dessen Nutzung angesichts der unabdingbaren Klimaziele völlig unverantwortlich ist. Ich frage hier: Warum sorgen SPD und Grüne nicht wenigstens dafür, dass die Sumpfungswässer mit einer Abgabe belegt werden? Massive Umweltzerstörung und der massive Verbrauch von Grundwasser bleiben für die Betreiber kostenlos. Sie scheffeln die Gewinne und vernichten dafür Trinkwasser. Die Gesellschaft insgesamt muss die Folgen tragen. Das ist ungerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir Linken fordern, wegzukommen von den fossilen Energieträgern und so rasch wie möglich umzusteuern auf 100 % erneuerbare Energien und auf das massive Einsparen von Energie. Die SPD hier in NRW sagt das Gegenteil: Ihr Fraktionsvorsitzender Norbert Römer will in Sachen Steinkohle an der Revisionsklausel festhalten, damit auch nach 2018 Steinkohle gefördert werden kann. Der DGB-Vorsitzende in NRW, Andreas Meyer-Lauber, hat gesagt:

„Eine Brücke aus Gas und Kohle ist allemal besser als eine aus Uran und Plutonium.“

Wir Linken sagen: Nein! Die Steinkohle ist keine Brückentechnologie! Die Kohleverstromung ist aus ökologischer Sicht unverantwortlich.

Ein Natur- und Umweltschutz, den wir Linken mittragen können, sieht anders aus, meine sehr verehrten Damen und Herren! – Ich danke.

Einzelplan 10

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Teilbereich

Verbraucherschutz

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Verbraucherschutz ist eine ganz vordringliche Aufgabe der Politik. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind immer wieder und immer wieder neu Opfer der Lebensmittelindustrie. Sie werden dazu gebracht, Produkte zu kaufen und zu verbrauchen, die ihrer Gesundheit und ihrem Wohlbefinden nicht zuträglich sind.

Wenn die Umweltüberwachung und der Verbraucherschutz verstärkt werden, dann sind wir Linken damit absolut einverstanden. Die Frage ist aber nicht, ob einiges besser gemacht wird. Die Frage ist, ob wirklich alles dafür getan wird, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen. Das wird aber eben nicht getan. Wir brauchen in Wirklichkeit zum Beispiel eine bessere und effizientere Lebensmittelkontrolle. Die Politik darf nicht so tun, als hätten normale Menschen, gerade Menschen mit stressigem Alltag und geringem Einkommen, die Möglichkeit, sich vor jedem Einkauf umfassend zum Beispiel bei der Stiftung Warentest zu informieren und Kleingedrucktes zu lesen. Das ist ein völlig falsches Bild von der Alltagsrealität der Menschen hier im Lande, meine Damen und Herren.

Im real existierenden Alltag brauchen diese Menschen deutlich sichtbare und ins Auge fallende Kennzeichnungen, sowohl in den Supermärkten als auch in der Gastronomie. Bei den Gasstätten und Lokalen warten wir schon seit längerer Zeit auf die geeigneten Piktogramme. Das wäre für die Kundinnen und Kunden eine große Hilfe. Dasselbe gilt für die Kennzeichnung von Lebensmitteln mit einer Ampel. In vielen Ländern ist das bereits üblich. Wieso nicht bei uns im Lande? Wir erwarten von der Landesregierung eine entsprechende Initiative im Bundesrat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Skandale aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie schlecht es mit der Umweltüberwachung in Nordrhein-Westfalen immer noch bestellt ist. Denken Sie zum Beispiel an PCB im Dortmunder Hafen. Was fehlt? – Es fehlt offensichtlich an entsprechend ausgebildetem Personal. SPD und Grüne tun in dieser Hinsicht sehr viel weniger als eine wirklich linke Regierung tun würde oder tun müsste. Wenn man sich den Einzelplan 10 insgesamt anschaut, so stellt man fest, der Sparzwang stand Pate. SPD und Grüne weichen vor dem Druck der neoliberalen Schreihälse zurück, die die Haushaltskonsolidierung zum heiligen Kalb machen, um das alle herumtanzen sollen, nur bleiben die Interessen der Menschen dabei auf der Strecke.

Ich wiederhole: Bei diesem Haushaltsplan stand der angebliche Sparzwang Pate. Das kann man zum Beispiel daran sehen, dass die Gesamtzahl der Stellen trotz Mehrausgaben in Höhe von 1 Million € und trotz 100 neuer Planstellen um 67 zurückgegangen ist. Dieser Verlust von

Stellen in der Gesamtbilanz, so gibt man uns zu verstehen, ergebe sich nicht aus Entlassungen. Sie sagen es selbst.

Machen Sie den Menschen im Lande nichts vor, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie sagen, es handele sich vielmehr um Verschiebungen in andere Bereiche und um Abgänge. Das ist doch Personalabbau, liebe Freundinnen und Freunde von SPD und Grünen, und zwar in einem Bereich, in dem die verantwortungsbewusste Erfüllung der öffentlichen Aufgaben – das gilt nicht zuletzt für den Verbraucherschutz – die Ausbildung und Einstellung von sehr viel mehr Personal erfordern würde.

Sie werden verstehen, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dass wir Linken eine solche Politik nicht billigen können. Kleine Schritte in die richtige Richtung führen nicht zum Ziel, wenn diese Schritte zu klein sind. – Ich danke Ihnen.

Einzelplan 10

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Teilbereich

Landwirtschaft

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Linken werden oft gefragt, ob wir denn keine Vorschläge zum Sparen machen. Sie wissen aber sehr wohl, dass wir solche Vorschläge machen, und das gilt auch für den Bereich der Landwirtschaft.

Wir sagen aber gleichzeitig, und das gehört auch zur gründlichen Ehrlichkeit dazu: Wer den Haushalt unter gegenwärtigen Bedingungen schreiender Steuerungerechtigkeit und struktureller Unterfinanzierung der Länder durch Sparen konsolidieren will, der spielt entweder mit Luftbuchungen oder der spart unser Land kaputt. Die CDU führt gegenwärtig vor, wie man beides auf einmal macht.

Immerhin schlagen wir Linken vor, die Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer zu kürzen. Insgesamt erhält die Landwirtschaftskammer etwa 79 Millionen €. Wir möchten gerne wissen, wie Sie das rechtfertigen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien.

Der Landwirtschaftskammer ist sehr wohl zuzumuten, weniger an öffentlichen Geldern zu kassieren und sich verstärkt über Beiträge zu finanzieren. Einen kleinen Tipp für die Gestaltung der Beitragsstaffel kann ich gleich mitliefern: Sollen doch die reichsten Mitglieder zur Kasse gebeten werden, die ohnehin am meisten Einfluss haben!

Wir Linken schlagen vor, die Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer um 17 Millionen € zu kürzen.

Sie können daran erkennen, wie sehr wir Linken uns um moderate Forderungen bemühen. Das fällt uns nicht gerade leicht, weil wir wissen, dass sehr viel mehr Geld zur Förderung einer regionalen und ökologischen Landwirtschaft ausgegeben werden müsste.

Der aktuelle Dioxinskandal setzt eine lange Reihe von Futter- und Nahrungsmittelskandalen fort. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wenden sich Produkten aus ökologischem Anbau zu; immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen artgerecht gehaltene Tiere. Der Umweltschutz, der Schutz des Bodens, des Wassers, der Artenvielfalt,

die Klimaziele und der Tierschutz sprechen gegen intensive Landwirtschaft und Massentierhaltung.

Wir brauchen stattdessen den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Dazu gehören fairer Welthandel sowie die Ablehnung der Agro-Gentechnik und der Perversion von Patenten auf Leben und auf das Erbgut des Lebens. Dazu gehört aber auch eine drastische Erhöhung der Anzahl der Ökounternehmen auf dem Lande und des Anteils der Ökoflächen an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in unserem Lande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und Grünen, wir haben hier in NRW 3.149 Ökobetriebe und 62.880 ha Ökofläche. In Bayern sind es rund 8.600 Ökobetriebe und rund 186.000 ha Ökofläche. Selbst das finden wir Linken bei Weitem nicht ausreichend.

Sie sehen aber: Der Nachholbedarf in unserem Lande, in NRW, ist besonders groß. Hier müssen Sie sehr viel mehr investieren. Den Verzicht darauf können wir, die Linken, nur als verantwortungslos bezeichnen. – Danke schön.

Einzelplan 10

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Teilbereich

Klimaschutz

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe.

Es fällt schwer, die Debatte über die eigentlich angemessenen Maßnahmen in das Korsett einer Haushaltsberatung einzuschnüren, die von dem Druck eines neoliberalen Gerichtsentscheids zum Nachtragshaushalt 2010,

vom Damoklesschwert der von den Altparteien gemeinsam verantworteten Schuldenbremse und vom Zurückweichen vor dem konservativ-liberalen Geschrei nach Haushaltskonsolidierung geprägt ist.

Der Klimaschutz erfordert nicht nur das rasche Umsteuern auf erneuerbare Energien. Alleine dafür müsste sehr viel Geld in die Hand genommen werden. Da darf nicht mehr gekleckert, da muss richtig geklotzt werden.

Denn sonst sind die Klimaschutzziele nicht zu erreichen.

Der Klimaschutz erfordert darüber hinaus das, was die grüne Partei in ihrer Frühzeit vorgetragen hatte, als sie noch wirklich einschneidende Veränderungen wollte. Der Klimaschutz erfordert den radikalen Umbau unserer Industriegesellschaft und die radikale Umgestaltung unseres Lebensraums.

Wir müssen massiv Energie einsparen, schädliche Emissionen drastisch reduzieren und für saubere Luft sorgen. Dafür brauchen wir zum Beispiel den Abbau des Autoverkehrs zugunsten des Verkehrs auf der Schiene. Güter gehören auf die Schiene. Sogar die SPD wusste das einmal. Aber auch der Personentransport auf der Schiene muss so attraktiv gemacht werden, dass das Bedürfnis, individuelle Automobile für die alltäglichen Wege zu nutzen, rasch zurückgeht.

Wir brauchen aber noch mehr als das, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir brauchen die Umgestaltung des Lebensraums. Was für eine Verschwendung, was für ein Raubbau wird betrieben, wenn Millionen von Menschen heute täglich Stunden um Stunden damit verbringen, von A nach B zu kommen, nur um ihrer Arbeit nachzugehen, ihre Kinder wegzubringen und wieder abzuholen oder im Supermarkt ihre Lebensmittel einkaufen, um Sport zu treiben oder ins Grüne zu fahren, damit sie auch einmal ein paar Schritte gehen und dabei durchatmen können. Ich wiederhole: Was für eine Verschwendung, was für ein Raubbau!

Die Wege zur Arbeit, zum Einkaufen, zu Betreuungseinrichtungen und zur Freizeitgestaltung müssen drastisch verkürzt werden. Das spart nachhaltig Energie und erhöht den Anteil freier Zeit für die Menschen. Die Städte müssen so umgestaltet werden, dass sie den menschlichen Bedürfnissen nach einem gesunden Leben in einer angenehmen Umgebung entgegenkommen. Das schafft Lebensqualität. Der ländliche Raum muss seinerseits so umgestaltet werden, dass die für eine ansprechende Gestaltung des Alltags erforderlichen Einrichtungen allen zugänglich sind, ohne dass große Entfernungen zurückgelegt werden müssen.

Um diesen großen Aufgaben gerecht zu werden, gibt es drei Mittel. Erstens: investieren. Zweitens: investieren. Und drittens: noch mehr investieren.

Ich werde im Zuge der Behandlung der Wirtschaftspolitik Gelegenheit haben, Ihnen auseinanderzusetzen, wie das geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In der Zwischenzeit muss ich mich sehr wundern, wo eigentlich das von SPD und Grünen angekündigte Klimaschutzgesetz geblieben ist.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo ist denn Herr Sagel geblieben? Das ist doch auch interessant!)

Bis auf einige Eckpunkte ist nichts bekannt. Allerdings haben einigen Presseberichten zufolge die RWE diesen Entwurf vielleicht schon vorliegen. Denn sie haben ja gesagt, sie prüfen diesen Gesetzentwurf. Das finde ich ein bisschen interessant und auch ungewöhnlich.

Haben die Wählerinnen und Wähler Sie nicht unter anderem wegen dieses Versprechens gewählt, werte Kolleginnen und Kollegen? Oder weichen Sie vor der CDU zurück? Die CDU hat in diesem Haus ja beantragt, auf ein Klimaschutzgesetz zu verzichten.

Wir Linken glauben nicht, dass die Wählerinnen und Wähler der SPD und der Grünen vergessen haben, was im Wahlkampf versprochen worden ist. Wir wollen wissen, wann die Regierungsfractionen endlich den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes für das Land NRW hier einbringen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Aggelidis, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Mostofizadeh möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Michael Aggelidis (LINKE): Ja.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Angesichts der Arbeitsverweigerung der Linksfraktion bei den Abstimmungen würde mich einmal interessieren, wo sich der haushaltspolitische Sprecher der Linksfraktion aufhält.

Michael Aggelidis (LINKE): Das gehört doch hier wohl überhaupt nicht zur Sache. Wir können uns hier gerne über Klimaschutz unterhalten. Ich finde es ein bisschen reichlich daneben, Herr Kollege Mostofizadeh, dass Sie das nötig haben.

Wir Linken bieten in der Frage des Klimaschutzgesetzes unsere Mitwirkung an. Aber wir müssen endlich erfahren, was hier gespielt wird und warum eventuell vorhandene Gesetzentwürfe in rostrot-olivgrünen Schubladen verschimmeln. Erklären Sie uns das, werte Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank.

Einzelplan 04 Justizministerium

Anna Conrads (LINKE): Guten Morgen! Aufwachen, reinkommen! Sonst verpassen Sie noch den Tag der Gefangenenbefreiung – und das wäre doch schade.

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht durch Sie! – Zuruf von der FDP)

– Sehen Sie, die FDP ist wach. Genau das wollte ich erreichen: dass man mir jetzt zuhört. Sehr schön! Das war doch nur ein kleiner Scherz.

(Ralf Witzel [FDP]: Mit der RAF macht man keine Scherze! – Weitere Zurufe)

– Ja, wunderbar! Sehen Sie, kurz vor Schluss kommt jetzt wieder ein bisschen Wallung, ein bisschen Stimmung.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Beer! Lassen Sie es mich direkt zu Beginn sagen: Auch im Haushaltsplan des Justizministeriums gibt es einige Schrittden in die richtige Richtung. Es gibt aber auch wieder Schatten. Es gibt einige Stellen, die wir als Linke massiv kritisieren müssen.

Wir haben eine Reihe von Anträgen in Bezug auf den Justizhaushalt gestellt, die inhaltlich genau auf Ihrer wohlfeilen Rede „Rechtsfrieden sichern – Gerechtigkeit durchsetzen“ aufbauen, Herr Minister. Sie orientieren sich nämlich allesamt an der Resozialisierung als besserer Sicherheitspolitik, an Gesundheitsprävention, an Opferschutz und an besseren Arbeitsbedingungen in den JVAen im und rund um den Strafvollzug.

Sie von der Landesregierung, aber auch die Fraktionen haben alle Anträge abgelehnt. Mit der Annahme zumindest einiger unserer Anträge hätten Sie die Chance gehabt, an vielen Baustellen, die Sie in Ihrer Regierungserklärung benannt haben, die Schaufel in die Hand zu nehmen und etwas zu reparieren. Das haben Sie jetzt erst einmal nicht getan.

So hat sich die Linke zum Beispiel für die Einrichtung von Planstellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit medizinischen Grundkenntnissen ausgesprochen, um Häftlinge und Mitarbeiter in JVAen in Sachen Gesundheitsschutz zu schulen. Dass dies durchaus nötig ist, haben wir hier in der zurückliegenden Debatte um das Zwangsoouting von HIV-infizierten Gefangenen ja gemerkt.

Offenbar haben SPD und Grüne aber nur wenig Interesse, durch die Einrichtung weiterer Sozialarbeiterinnenstellen gerade auch die HIV- und Drogenprävention in den Gefängnissen durch diese Spezialausbildung im Gesundheitsbereich zu verstärken.

Meine Herren und Damen von SPD und Grünen, dass Sie im Ausschuss sogar unseren Antrag abgelehnt haben, die durchaus bescheidenen Mittel für sogenannte Verbrauchsmittel wie Einweghandschuhe und Kondome zu erhöhen und dadurch die Prävention in den Gefängnissen zu verbessern, widerspricht allen Ihren bisherigen Sonntagsreden.

Ich würde vor allem gerne von den Grünen wissen, wie sie das ihren Ansprechpartnern im Bereich der Drogen- und der Knastarbeit, beispielsweise bei der Deutschen AIDS-Hilfe, erklären.

Es hätte der Landesregierung auch gut zu Gesicht gestanden, die von der Vorgängerregierung von CDU und FDP bereits 2006 vorgenommene massive Kürzung des Standortes Dortmund als zentraler Beratungsstelle für Straffällige und deren Bezugspersonen rückgängig zu machen. Die Linke hat dazu einen Antrag gestellt, den Sie, meine Damen und Herren aus allen Fraktionen, abgeschmettert haben. Im Sinne der Nachsorge und der Reintegration von Straffälligen in die Gesellschaft sollte alles unternommen werden, um vormals Straffälligen so viele und so breite Hilfestellungen wie möglich anzubieten. Es wäre für Sie nur ein kleiner Schritt gewesen, unserem Antrag auf Erhöhung der Gelder um nicht einmal 200.000 € zuzustimmen. Sie haben sich dem jedoch verweigert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Resozialisierung, die Prävention und die Verhinderung von erneuten Straftaten sollen doch – auch laut Ihrer Regierungserklärung – Vorrang haben. Der Ambulante Soziale Dienst, Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe tun aber auch genau dies. Wir hatten erst heute vom Rechtsausschuss aus ein Gespräch mit dem ASD, bei dem klar wurde, dass es noch nicht einmal eine realistische Berechnungsgrundlage für die tatsächliche Fall- und Arbeitsbelastung gibt. Die offiziellen Zahlen stimmen de facto nach Angaben des ASD überhaupt nicht mit den realen überein. So haben die meisten Sozialarbeiter nicht mehr 60 bis 65 Fälle zu bearbeiten, sondern 80 bis 110. Das geht zulasten der Probanden und ist hoch risikoreich.

Die Linke war die einzige Fraktion, die – wie sich heute herausgestellt hat: zu Recht – beantragt hat, Mittel für 30 weitere Stellen zur Verfügung zu stellen. Denn das wäre ein viel geringerer Beitrag als der, den Sie für Abschiebegefängnisse in den Haushalt eingestellt haben.

Damit bin ich bereits beim nächsten Thema, das uns am meisten aufstößt, der Abschiebehaft. Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, verehrter Herr Minister, rund 10 Millionen € sind in toto im Haushalt für die Abschiebungshaft eingestellt: 10 Millionen €, um Menschen einzusperren, die keine Straftäter sind und davon – jetzt Obacht! – mehr als 2 Millionen € für private Sicherheitsdienste zu deren Bewachung. Hallo, geht's noch? Abschiebungshaft ist doch Haft, und das sind doch die sogenannten hoheitlichen Aufgaben, von denen alle Fraktionen hier immer behaupten, da gibt es keine Privatisierung; da darf man private Sicherheitsdienste nicht reinlassen.

Die Landesregierung ist eigenen Angaben zufolge angetreten, die Lebenssituation von Flüchtlingen zu verbessern. Erst am Dienstag waren Herr Grünberg von der SPD und Frau Düker auf einer Pressekonferenz am Flughafen, wo gegen die Abschiebung Dutzender Roma protestiert wurde. Das finde ich gut, das ist toll. Ich fände es sehr schön, wenn Herr Grünberg, Frau Düker und ihre Fraktionen sich auch weiterhin mit uns dafür einsetzen, von NRW aus die richtigen Wege zu gehen, um auch Abschiebungshaft künftig nicht nur zu vermeiden, sondern abzuschaffen. Ich erinnere mich, dass die Grünen das auch mal wollten.

Wir haben in den kommenden Tagen einen Antrag auf der Tagesordnung, bei dem es auch darum geht: Was können wir von NRW aus tun? Ich fordere Sie dazu auf, in den Ausschüssen konstruktiv mit uns darüber zu diskutieren und Ihren Willen zu zeigen.

Zur Sozialgerichtsbarkeit: Ja, es gibt geringfügige Aufstockungen im richterlichen und nichtrichterlichen Dienst. Es gibt ein paar kw-Vermerke weniger. Aber Sie wissen selbst, das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Sozialrichter sind nicht zuletzt aufgrund ihrer Hartz-Gesetze vollkommen überlastet.

Aber die Klagenden, häufig unter hohem Druck und in Not, haben ein Recht auf zügige Bearbeitung. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg, und gleichzeitig müssen auch hier in NRW Sozialgerichte handlungsfähig bleiben und gestärkt werden, solange die Lage so ist, wie sie ist.

Verehrter Herr Minister, ich hätte mich tatsächlich gefreut, wenn Sie sich innerhalb der Landesregierung durchgesetzt hätten. Auch auf unseren Druck hin sind jetzt glücklicherweise im Bereich des Inneren die Gelder für die Opferberatungsstellen eingestellt worden. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sie im Justizbereich angesiedelt worden wären, weil Sie sich für Opferschutz, Opferberatung, Opferbegleitung sehr stark gemacht haben. Das gehört aus unserer Sicht in den Justizhaushalt. Sie waren es, der zu Beginn seiner Amtszeit erklärt hat, die Opferinteressen stärken zu wollen. Bleiben Sie dran! Wir verfolgen das weiter.

Aber ich will Sie, Herr Minister, heute nicht nur schelten, sondern auch ein paar positive Aspekte hervorheben, von denen ich am Anfang gesprochen habe. Sie haben mehr Psychologen und Sozialarbeiter in den Justizvollzugsanstalten eingestellt, und Sie haben mehr Leute im AVD eingestellt. Gerade die Verstärkung in den Fachdiensten ist nicht nur löblich, sondern längst überfällig, haben die Fachleute doch nach eigenen Angaben bisher beim momentanen Stellenschlüssel und bei der Aufgabenbelastung durchschnittlich rund drei Minuten pro Woche, um den Gefangenen zu resozialisieren.

Tatsächlich haben wir wahrgenommen, dass Sie Projekte zur Haftvermeidung fortsetzen wollen. Das ist eine Politik, der die Linke zustimmen kann – ohne Wenn und Aber. Denn wir finden es unerträglich, dass Menschen wegen Delikten, auf denen Ersatzfreiheitsstrafen liegen – etwa aufgrund von Schwarzfahren, kleinen Ladendiebstählen oder anderen kleinkriminellen Sachen –, weil sie nicht bezahlen können, inhaftiert werden. Seien wir doch mal ehrlich! Kriminelle Karrieren von Kleinstkriminellen, die dann zu größeren Kriminellen werden, beginnen oft erst im Gefängnis. Außerdem kostet ein Hafttag rund 100 €.

Deshalb ist Haftvermeidung nicht nur menschlich geboten, sondern im Rahmen der Haushaltsdiskussion auch sehr vernünftig.

Herr Kutschaty, noch eine Frage zum Täter-Opfer-Ausgleich – auch von Frau Hanses gerade angesprochen –: Die freien Träger haben gesagt, sie bräuchten dringend mehr Geld, höhere Fallpauschalen und könnten mehr Fälle bearbeiten. Warum sind Sie unserem relativ bescheidenen Antrag nicht gefolgt, das zu erhöhen? Vielleicht können Sie dazu gleich noch etwas sagen und auch über das, was Sie zukünftig planen und ob die freien Träger und der Täter-Opfer-Ausgleich in diesem Bereich weiter gefördert werden sollen. Denn mittel- bis langfristig machen diese Investitionen auch haushaltstechnisch Sinn. Das haben wir heute schon von mehreren Stellen gehört.

Seien Sie versichert, dass meine Fraktion Ihnen in puncto Haftvermeidung und Resozialisierung jederzeit als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht. Setzen Sie also gemeinsam mit uns auf Prävention und den Ausbau von mannigfaltigen Hilfsangeboten! Lassen Sie sich von den Scharfmachern aus der CDU nicht von diesem Weg abbringen! – Vielen Dank.

Einzelplan 14

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Teilbereich

Wirtschaft und Mittelstand

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Land Nordrhein-Westfalen verliert den Anschluss an die Wachstumsdynamik in Deutschland. Welche Art von Wachstum wünschenswert ist und welche nicht, werde ich noch ausführen.

Tatsache ist: NRW wird abgehängt. Das können Sie unschwer schon daran erkennen, dass Nordrhein-Westfalen auch dieses Jahr abermals Empfängerland im Rahmen des Länderfinanzausgleiches sein wird. Die Tatsache, dass NRW nicht im modernen Sinne des Wortes wirtschaftliche Dynamik aufweist, ist schlecht für das Kapital.

Nun können Sie einwenden, dass das uns Linken ja egal sein könnte. Es ist aber auch schlecht für die Menschen, schlecht für den Abbau der nach wie vor massenhaften Erwerbslosigkeit, für die Steigerung der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, für das Zurückdrängen von Verarmung.

Im Koalitionsvertrag stellen SPD und Grüne zutreffend fest, dass es den Städten mit besonderen strukturellen Problemen nicht vermittelbar sei, warum 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die Ergänzungszuweisungen des Bundes weiterhin nur nach Himmelsrichtung und nicht nach Bedürftigkeit zur Verfügung gestellt werden.

In dieser Frage sind wir bei Ihnen. Die pauschale Förderung der östlichen Bundesländer muss der gezielten Förderung strukturschwacher Regionen weichen.

Regionen im Westen, die beim Strukturwandel mehr oder weniger auf der Strecke geblieben sind, müssen ebenso einbezogen werden wie entsprechende Regionen in den östlichen Bundesländern. Da können wir uns bundesweit gemeinsam für eine gute Sache einsetzen, die nicht nur mehr Gerechtigkeit bringt, sondern auch für das Land NRW von Vorteil wäre.

Weiter heißt es im Koalitionsvertrag – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Diese Situation erfordert eine breit getragene politische Initiative des Landtages und der Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit besonderen strukturellen Problemen zukünftig wie vergleichbare Kommunen in ostdeutschen Ländern behandelt werden.“

Ich frage die Landesregierung: Wo ist diese Initiative?

Oder wollen Sie bis zum Jahre 2019 warten, wenn der aktuell gültige Solidarpakt II ausläuft? Lassen Sie uns nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, meine sehr verehrten Damen

und Herren. Wir Linken werden aufmerksam verfolgen, ob die Regierung der Grünen und der SPD in Baden-Württemberg bereit ist, den bestehenden Solidarpakt im Sinne der Solidarität mit strukturschwachen Regionen aufzuschnüren. Die aktuellen Äußerungen von Herrn Kretschmann lassen nichts Gutes ahnen.

So hat die designierte Regierung angekündigt, in einer neuen Föderalismuskommission III den Länderfinanzausgleich zwischen den Ländern neu regeln zu wollen. Offenkundig will das reiche Baden-Württemberg auch unter grüner Führung nicht abgeben und teilen. Ich frage sie, werte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Ist das die Praxis des so genannten „New Green Deal“?

Die Probleme brennen uns jetzt auf den Nägeln. Wir müssen endlich in die regionale Wirtschaftsstruktur investieren. Wir brauchen eine deutliche Verstärkung der gezielten Strukturpolitik auf Landesebene.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen Regionen, die beim tiefgreifenden Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten zu Verlierern gemacht worden sind. Nehmen Sie als Beispiel Teile des Ruhrgebiets wie Bottrop, Dortmund, Gelsenkirchen oder Herne. Da gibt es einen riesigen Nachholbedarf. Diese Regionen brauchen jetzt und nicht erst 2019 Unterstützung.

Daher braucht Nordrhein-Westfalen für zukunftsfähige Arbeitsplätze ein sozialökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm. Im Einzelplan 14 sind hiervon nicht einmal Ansätze zu sehen. Einzig Die Linke hat Forderungen vorgelegt. Hätten wir gewusst, in welchem starkem Maße die Steuermehreinnahmen sprudeln, wären unsere Ausgabenschwerpunkte nicht auf die Bereiche Kommunen, Bildung und Soziales beschränkt geblieben. Wir hätten im Einzelplan 14 die Grundelemente und Anforderungen an ein sozialökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm dargestellt.

Es ist ein Skandal, Herr Minister, diese Mehreinnahmen nicht für die drängenden Zukunftsaufgaben zu verwenden, sondern für die Konsolidierung des Haushaltes.

Ich frage die Regierung: Wo sind die Investitionen in sinnvolle Arbeiten, mit denen endlich der dringend erforderliche sozialökologische Umbau unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Angriff genommen wird? Der Einzelplan 14 ist eine einzige Enttäuschung. Die dringend nötigen Impulse fehlen.

Ich komme nun zu Ihren Sünden, werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien. Ich meine jetzt nicht Ihre Tugenden, die Ihnen von CDU und FDP als Sünden angekreidet werden, sondern Ihre wirklichen Sünden.

Es ist zum Beispiel ein Skandal, die Mittel der Gemeinschaftsgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur nicht zu erhöhen, wie wir Linken das fordern. Wir verlangen für diese Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land eine Mehrausgabe von 20 Millionen €, um Arbeitsplätze zu sichern, den Investitionsstau aufzulösen und dringende Aufgaben anzupacken.

Die Gelder der Gemeinschaftsaufgabe kommen in Nordrhein-Westfalen insbesondere der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur zugute. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass wir Linken die Einzigen im Landtag von Nordrhein-Westfalen sind, die bereit sind, den Landesanteil an den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zu erhöhen.

CDU und FDP lassen einmal mehr die eigene Klientel im Regen stehen.

Ein zentrales Element jeder regionalen Strukturpolitik ist die Förderung gewerblicher Investitionsvorhaben. Letztlich ermöglichen wir damit kapitalistischen Unternehmungen die Steigerung ihrer Profite. Seien Sie unbesorgt: Wir wollen uns das Geld auch wiederholen. Schauen Sie sich die steuerpolitischen Forderungen der Linken an! Allein 40 Milliarden € Steuererhöhungen brächte ein angemessener Körperschaftsteuersatz von 25 %.

Wer Wachstum und Beschäftigung will, muss auch Profite in Kauf nehmen. Diese müssen aber durch deutliche Lohnsteigerungen und angemessene Besteuerung wieder abgeschöpft werden.

Es gibt in diesem Land kein Grundrecht auf Luxuskonsum, aber sehr wohl ein Recht auf Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Welch ein Armutszeugnis für die Wirtschaftspolitik der Landesregierung, dass seit Juli 2010 beim regionalen Wirtschaftsförderprogramm ein Antragsstopp bei der Förderung der gewerblichen Investitionsvorhaben verhängt wurde! Dieser Förderstopp ist Ausdruck einer verhängnisvollen, grundfalschen Konsolidierungslogik.

CDU und FDP machen das noch nicht einmal zum Thema. Sie behaupten doch immer, etwas für den Mittelstand zu tun und viel für die Tatkräftigen im Lande übrig zu haben. Aber kein Wort darüber!

Meine Damen und Herren von den Altparteien! Schauen Sie sich doch bitte einmal die Evaluation der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch Professor Bade von der TU Dortmund an. Die Kurzfassung gibt es auch als Wochenbericht Nummer 5/2011 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die Wissenschaftler haben die gewerbliche Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe untersucht. Die Ergebnisse sind eindeutig: Die Beschäftigung konnte signifikant gesteigert werden. In den geförderten Betrieben stieg die Beschäftigung von 1999 bis 2008 im Jahresdurchschnitt um 4,6 %. In den nicht geförderten sank sie hingegen um 3 %. Gefördert werden vor allem technologieintensive Betriebe und solche, die expandieren. Der größte Teil der geförderten Betriebe gehört zum verarbeitenden Gewerbe. Ich empfehle allen Fraktionen: Lesen Sie den Evaluationsbericht und überdenken Sie dann noch einmal Ihr Abstimmungsverhalten im Ausschuss!

Genauso kurzsichtig ist die Ablehnung der Erhöhung des Ansatzes um gerade einmal 2 Millionen € im Programm Forschung, Innovation und Technologie. Das Programm leistet einen unverzichtbaren Beitrag insbesondere zur Stärkung der Innovationskraft, der Grundlagenforschung, der industriellen Forschung und des Technologietransfers. Zur Sicherung von nachhaltigem Wachstum und zukunftsfähiger Beschäftigung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen muss der Ansatz deutlich erhöht werden.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Brockes zulassen?

Michael Aggelidis (LINKE): Aber bitte.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Brockes, bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Aggelidis, vielen Dank, dass Sie mir die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage geben. – Sie kritisieren gerade das Abstimmungsverhalten von CDU

und FDP zum Haushaltsentwurf im Ausschuss. Kann ich daraus entnehmen, dass Sie seitens der Linksfraktion gleich dem Haushaltsentwurf von Rot-Grün Ihre Zustimmung geben werden?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Kollege Brockes, ich bitte Sie: Lassen Sie uns doch nicht solche Spiegelfechtereien betreiben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ja, was denn?)

Wir haben jetzt doch ganz klar gesagt, was wir an dem Bereich Wirtschaft kritisieren. Vielleicht sollten Sie sich einmal auf eine Sachdebatte mit mir darüber einlassen, warum Sie die Förderung der gewerblichen Wirtschaft nicht wollen und warum wir das wollen. Das ist doch eine absurde Diskussion, die wir hier führen.

(Beifall von der LINKEN – Dietmar Brockes [FDP]: Dann müssen Sie ja zustimmen, wenn Sie das sagen!)

– Wir sagen ja, dass das hinten und vorne nicht ausreicht. Das sagen wir doch.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann lehnen Sie es ab!)

Clusterpolitik, Technologietransfer und regionale Strukturpolitik gehören zusammen. Der Bereich Wirtschaft im Einzelplan 14 zeigt: Nordrhein-Westfalen ist hier zu schwach aufgestellt. Die Landesregierung senkt lieber die Nettoneuverschuldung, als in die Zukunft zu investieren. Die Logik der Haushaltskonsolidierung geht auch hier zulasten der Innovationskraft der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Folge wird eine abermalige Abschwächung der Wachstumsdynamik sein. Die ersten Zahlen gehen jetzt auch schon durch die Presse.

Wer – wie wir Linke – den Finanzmarktkapitalismus ablehnt und bekämpft, muss Investitionen in die Realwirtschaft fördern. Nur so können wir die strukturelle Überakkumulation und die daraus resultierende Speisung des globalen Spekulations-Kasinos verhindern.

Das ist die moderne Lenkungsaufgabe der öffentlichen Hand.

Die Gemeinschaftsaufgabe leistet hierfür anschaulich einen Beitrag. Jeder in Zukunftsinvestitionen, in Investitionen, die das Produktionspotenzial steigern, investierte Euro generiert ein Vielfaches an Wirtschaftskraft. Intelligente Wirtschaftspolitik füttert die kapitalistische Milchkuh durchaus. Sie vergisst aber dann das Melken nicht.

Die Investitionsförderungsprogramme zeigen die Notwendigkeit der Investitionssteuerung. In Zukunft müssen die Vergabekriterien noch viel stärker auf den sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft ausgerichtet werden. – Vielen Dank.

Einzelplan 14

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Teilbereich

Energie

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Voigtsberger, Sie hatten eben den Zustand der NRW-Wirtschaft ein bisschen hochgelobt. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie damit Ihrer Landesregierung nicht einen Bärendienst erwiesen haben. Vielleicht hätten Sie dazu einige Ratschläge aus meiner Rede mithören sollen. Die NRW-Wirtschaft hinkt der bundesrepublikanischen Wirtschaft ein bisschen hinterher. Das wäre vielleicht hilfreicher gewesen, aber leider will die Landesregierung Ratschläge von der Linken ja nur selten annehmen.

Wir stehen nach Fukushima vor dem seit 30 Jahren überfälligen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Wir Linken sagen klipp und klar: Der sofortige Ausstieg ist möglich. Wer ihn verzögert, der sollte als Strafe den Schutt in Fukushima wegräumen.

Das sofortige und endgültige Abschalten der Atomkraftwerke und der Ausstieg aus der Kohleverstromung können sicherlich kurzfristig Wachstum kosten und die Energiekosten steigern. Das ist ein Problem – aber es ist ein lösbares Problem. Einkommensschwache können sich schon jetzt die hohen Energiekosten nicht leisten. Energiearmut ist in der Bundesrepublik im Gegensatz etwa zu Großbritannien ein Tabuthema. Trotzdem leiden Millionen unter hohen Energiekosten, Hunderttausende unter Verschuldung, und zwar auch aufgrund von sogenannten hohen Nebenkosten, und Hunderttausende unter „Abklemmungen“. In der Europäischen Union ist Deutschland „Abklemmungsweltmeister“.

Notwendig ist daher ein System von kostenfreien Grundkontingenten und Sozialtarifen. Der Zusatzverbrauch, also Verschwendung, kann dann mit progressiven Tarifen belegt werden. Das fordert beispielsweise unser außerparlamentarischer Bündnispartner Attac, und das fordert auch Die Linke im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Aber mittelfristig und langfristig ist der Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien ein gigantisches Zukunftsinvestitionsprogramm. Dieser Umstieg muss soweit als möglich dezentral, unter öffentlicher Kontrolle und unter kommunalem Eigentum erfolgen.

Wir Linken sagen deutlich: Wir wollen mit der anstehenden Energiewende auch den Einstieg in eine andere Gesellschaft. Hermann Scheer hat immer betont, dass die dezentrale Energiegewinnung hilft, die für den Kapitalismus kennzeichnende extreme Trennung von Produktion und Reproduktion des Lebens aufzuheben. Die Überwindung einer nur auf Profit ausgerichteten Gesellschaft rückt damit näher. Wir Linke stellen den gegenwärtigen kapitalistischen Raubbau an Mensch und Natur grundsätzlich infrage.

Wir wollen eine andere Produktions- und Konsumtionsweise. Denn Wohlstand und Lebensqualität misst sich nur ungenügend im Zahlenwerk der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Aggelidis, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Frau von Boeselager würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Michael Aggelidis (LINKE): Sehr gerne.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Aggelidis, Sie haben eben betont, dass Sie eine andere Gesellschaft wollen. Können Sie mir einmal beschreiben, welche Gesellschaft Sie wollen? Eine kommunistische Gesellschaft?

Michael Aggelidis (LINKE): Wenn Sie mir ein wenig Zeit geben, komme ich darauf zurück. Ich werde jetzt einmal erläutern, was wir damit qualitativ meinen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Stieglitz-Kommission erinnern, die bereits im Jahr 2009 im Auftrag der französischen Regierung Vorschläge ausgearbeitet hat, wie eine differenzierte Messung des Wohlstands und der Lebensqualität aussehen sollte. Ich hebe zwei der Empfehlungen hervor. Frau von Boeselager, hören Sie mir genau zu.

Die Reduktion von Nachhaltigkeitsindikatoren auf monetäre Größen scheitert daran, dass es für verschiedene Aspekte keine mit einem Marktwert taxierbare Grundlage gibt. Ich will nur einmal ein Beispiel nennen. Die Schönheit eines Waldes und der Erholungswert sind in kapitalistischem Geld nicht messbar.

Durchschnitts- oder Gesamtgrößen sind nicht ausreichend, die bestehenden Verhältnisse zu beurteilen. So kann ein durchschnittliches Wachstum des Einkommens durchaus mit der Verarmung eines Teils der Bevölkerung einhergehen. Genau diesen Prozess erleben wir hier. Das wollen wir nicht.

Der Kampf für 100 % erneuerbare Energien, die dezentral und ohne Profitmacherei erzeugt werden, ist für uns Linke ein Beitrag Nordrhein-Westfalens für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der naturgemäß nur ein demokratischer Sozialismus sein kann. Er ist undenkbar ohne die Enteignung der privatkapitalistischen Großaktionäre der Energiekonzerne und ohne ihre demokratische Kontrolle.

Die Kombination von Finanzmarkt, Kapitalismus, Klima- und Energiekrise wirft für viele Menschen die Frage auf, ob ein nachhaltiges Wachstum im Kapitalismus überhaupt möglich ist. Ich habe da größte Zweifel. Eines ist jedoch klar: Die Nachhaltigkeit darf keinen vermeintlichen BIP-Wachstumswängen untergeordnet werden. Eine ökologische, nachhaltige Politik darf keinesfalls zulasten der Geringverdienerinnen und Geringverdiener und der Erwerbslosen gehen.

Das ist der Kern eines sozialistischen Green Deals.

(Armin Laschet [CDU]: Was heißt Green Deal auf Russisch?)

Wir werden hierzu auch im Landtag die nötigen Anträge einbringen.

Einzelplan 14

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Teilbereich

Städtebau und Wohnen

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rasche, zunächst einmal zu Ihren Ausführungen. Sie haben davon gesprochen, dass wir abstrakte

Feindbilder schaffen würden. Ich möchte hier klarstellen, dass wir als Linksfraktion keine abstrakten Feindbilder schaffen, sondern wir gehen erst einmal von dem Grundsatz aus, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, dass jeder Mensch einen Anspruch auf bezahlbaren und guten Wohnraum hat.

Wir gehen von der Faktenlage aus. Wenn man allein heute Zeitung liest, sieht man, wie einige Finanzinvestoren mit Wohnungsbeständen, sieht man, wie viele verwaarloste Wohnungen da sind, und man sieht auch, wie Mietpreise hochgetrieben werden. Damit wollen wir uns nicht abfinden.

Zu Ihnen, Herr Schemmer. Sie haben eben freundlicherweise darauf hingewiesen, dass Sie auch die 1 Milliarde € Förderung befürworten, und gesagt, dass die SPD in der Frage unglaublich ist. Aber als Konsequenz daraus müssten Sie doch eigentlich unserem Änderungsantrag, nämlich der Aufstockung des Fördervolumens, zustimmen.

Machen Sie es doch, Herr Schemmer. Setzen Sie wirklich ein Zeichen! Wenn Sie nicht gewillt sind, einem Linken-Antrag zuzustimmen, dann stellen Sie selbst den Antrag. Ich verspreche Ihnen – das habe ich auch schon im Ausschuss gesagt –, wir werden Ihrem Änderungsantrag dann auch zustimmen.

Herr Ott, eine schöne Rede mit sehr schönen Phrasen. Aber die Frage ist doch, welche Konsequenzen daraus folgen. Ihre Analyse teile ich weitgehend, die Frage ist aber: Was macht die Minderheitsregierung heute im Bereich Wohnen? Ich glaube, dass das Thema „Wohnen“, zumindest die Wohnungspolitik der Minderheitsregierung, derzeit sehr gut für eine Serie, nämlich für eine „Versprochen-und-gebrochen“-Serie, geeignet ist.

Fangen wir an bei der Wohnungsbauförderungsanstalt und die Vollintegration in die NRW.BANK. Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen steht:

„Wir werden prüfen, ob und zu welchen Bedingungen die Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens in die NRW.BANK rückabgewickelt werden kann.“

Was aber ist bisher hierzu passiert? Nichts, rein gar nichts. Dieses Thema wurde bislang nur auf die lange Bank geschoben.

Sehen wir uns die Wohnraumförderung an! SPD und Grüne haben in der Opposition noch gefordert, dass eine Mindestgarantie von 1 Milliarde € für die Wohnraumförderung in das Gesetz geschrieben werden soll. Und was passiert nun in der Regierung? SPD und Grüne fördern nur noch mit 800 Millionen € – und das noch nicht mal komplett aus Landesmitteln, sondern 79 Millionen € kommen aus Bundesmitteln, sprich: 721 Millionen € aus dem revolvingierenden Fonds.

Gehen wir weiter zu den Rückzahlungen an den Bund! Da sieht es ähnlich aus. Die hier fälligen 25 Millionen € Zinsen, die gezahlt werden müssen, sollen nach dem jetzigen Haushaltsentwurf nicht mehr aus dem Landeshaushalt, sondern durch die NRW.BANK aus dem revolvingierenden Fonds gezahlt werden. Dies mindert jedoch die Summe, die für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung steht.

Was durften wir dazu erleben? Eine enthusiastische Rede, die ihresgleichen sucht, von Herrn Schmeltzer im Bauausschuss, der Kritik an CDU und FDP bzw. an der Vorgängerregierung übt, die nach 2007 damit angefangen hat, die Bundesschuld über diesen revolvingierenden Fonds

zu finanzieren. – Welche Taten folgen dieser berechtigten Kritik? Wieder nichts. SPD und Grüne machen es genauso wie Schwarz-Gelb zuvor.

Zum Thema Privatisierung: In der Opposition hat Rot-Grün zu Recht die Verkaufspläne der LEG durch die Vorgängerregierung skandalisiert. Damals haben Sie zusammen mit uns eine Kampagne gegen die Privatisierung geführt.

Auch im Koalitionsvertrag heißt es zum Bereich der RAG-Stiftung – ich zitiere –:

„Drittens müssen die Evonik-Wohnungsbestände so bewirtschaftet werden, dass die Interessen der Mieterinnen und Mieter langfristig gesichert werden.“

Was passiert, seitdem SPD und Grüne in der Regierungsverantwortung sind? Der Börsengang von Evonik wird auf den Weg gebracht. Davon sind über 130.000 Wohnungen von Evonik und THS betroffen, die nun Gefahr laufen, gegen den Willen der Mieterinnen und Mieter privatisiert zu werden. Angesichts der verheerenden Folgen, die der Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände hat, ist dies unverantwortlich, meine Damen und Herren.

Es zeigt sich also: Es wurde viel geredet, ohne letztlich Taten folgen zu lassen. Es wurde viel versprochen, und genauso viele Versprechungen wurden gebrochen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, entscheidender sind aber die Folgen solcher Politik. Der Bestand geförderter Wohnungen geht immens zurück. Prognosen deuten darauf hin, dass wir in zwei Jahren nur noch 500.000 geförderte Wohnungen auf dem Markt haben werden. Das trifft wieder die gering verdienenden Haushalte, die Armen und die Arbeiterhaushalte, die mittleren Einkommensgruppen übrigens auch. Dies trifft erneut auch die öffentlichen Haushalte. Das ist eine Quadratur des Kreises. Denn aus den öffentlichen Haushalten werden auch die Unterkunftskosten für sogenannte Transferleistungsbezieher bezahlt.

Ohne eine starke Wohnraumförderung werden sich die problematischen Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten in NRW weiter verstärken. In Regionen mit knappem Wohnungsangebot, wie zum Beispiel im Rheinland, wird es zu erheblichen Mietsteigerungen kommen. In anderen Regionen, beispielsweise im Ruhrgebiet, wird der ohnehin vorhandene Investitionsstau weiter verschärft.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Genau aus diesem Grunde haben wir unsere Änderungsanträge gestellt. Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, versuchen Sie doch, Ihre Glaubwürdigkeit zu wahren und zu behalten, stehen Sie zu Ihren ursprünglichen Forderungen, stehen Sie zu Ihrem Koalitionsvertrag, und stimmen Sie als logische Konsequenz daraus unseren Änderungsanträgen zu!

Einzelplan 14

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Teilbereich Verkehr

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Lieber Herr Lehne, Ihnen bieten wir, genauso wie der FDP zur Schulpolitik, individuelle Förderung an. Unser Tipp: Bitte schauen

Sie im Wörterbuch unter dem Buchstaben S beim Eintrag „Sozialistinnen und Sozialisten“ und beim Buchstaben K unter dem Eintrag „Kommunistinnen und Kommunisten“ nach. Wenn Sie dann Ihre Hausaufgaben gemacht haben, können wir uns gerne noch einmal zusammensetzen und darüber reden.

Aber, meine Damen und Herren, zu einer guten und sozialen Verkehrspolitik gehört bezahlbare Mobilität für alle Menschen in NRW, auch für einkommensarme Menschen. Die Linke hat der rot-grünen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, der geeignet ist, die größten sozialen Ungerechtigkeiten in diesem Bereich abzumildern. Aber das haben Sie leider abgelehnt. Stattdessen wird uns eine Flickschusterei bezüglich der Sozialtickets vorgelegt.

FDP und CDU bekämpfen die Einführung des Sozialtickets vehement. Allerdings: Noch im Januar 2010, vor der Landtagswahl im Mai, haben CDU und Grüne – der Kollege Klocke hat darauf hingewiesen – im VRR einen Koalitionsvertrag geschlossen, der unter anderem die Einführung eines Sozialtickets umfasste.

Meine Damen und Herren, die 15 Millionen €, die im Einzelplan 14 stehen, und die 30 Millionen €, die dort für das nächste Jahr vorgesehen sind, werden aber nicht reichen, um einkommensarmen Menschen in NRW eine angemessene Mobilität zu ermöglichen. Dazu muss mindestens der doppelte Betrag eingestellt werden.

Das jetzt vom VRR geplante vergünstigte Vierer-Ticket hat mit einem Sozialticket gar nichts zu tun – auch wenn Sie, Herr Becker, hier versucht haben, es so darzustellen. Es werden Landesgelder abgegriffen, um unnötige Bürokratie aufzubauen. Am Fahrkartenautomaten werden solche Fahrscheine aber wohl kaum zu erhalten sein.

Eine solche Lösung wie im VRR angedacht wird nicht nur unnötig teuer, sie ist zutiefst unsozial und hilft den betroffenen Menschen überhaupt nicht. Das ist falsche Verkehrspolitik.

Ein Sozialticket muss NRW-weit in Form einer NRW-Card und als Monatsabo verfügbar sein. Ein Sozialticket, das diesen Namen auch verdient, muss von den Verkehrsverbänden und den Aufgabenträgern zu einem Preis angeboten werden, der sich nach dem Betrag richtet, der im Regelsatz von Hartz IV anteilmäßig für den ÖPNV vorgesehen ist. So sieht ein Sozialticket aus: unbürokratisch, einfach und gerecht.

An dieser Stelle möchte ich aber auch positiv anmerken, dass diese Landesregierung wenigstens den Schülerverkehr besser ausgestattet hat, als dies die schwarz-gelbe Landesregierung getan hat. Die Schülerinnen und Schüler müssen dadurch in Zukunft hoffentlich nicht mehr wie die Ölsardinen in der Dose zur Schule gekarrt werden.

Kolleginnen und Kollegen, auch diese Landesregierung beschäftigt sich sehr intensiv mit dem Landesstraßenbedarfsplan. Wir haben hierzu ja gerade den Kollegen Rasche gehört. CDU und FDP sind hierbei mit ihrer polemischen Politik und dem Vorgehen im Ausschuss, indem sie immer wieder alte Projekte aus der Schublade ziehen, die treibende Kraft.

Dabei brauchen wir dringend ein Mobilitätskonzept, das den ÖPNV, den MIV – den motorisierten Individualverkehr –, den Fahrradverkehr und die Wege, die zu Fuß zurückgelegt werden, sinnvoll miteinander verknüpft – ein multimodales Zukunftskonzept für Busse, Bahnen, Pkw und Fahrrad, mit Carsharing und Leihräderkonzepten, für Nordrhein-Westfalen. Dies benötigen wir, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können.

Dabei sollten wir in Nordrhein-Westfalen Vorreiter sein und nicht den anderen Bundesländern hinterherhecheln. Ein noch so tolles Flughafenkonzept nützt den Menschen nichts, um schnell und komfortabel in die Nachbarstadt zu kommen.

Kolleginnen und Kollegen, Flughäfen nutzen die meisten Menschen in NRW nur für ihre Urlaubsreisen. Ein großer Teil der Flugpassagiere sind Geschäftsreisende. Sie alle wollen natürlich sicher reisen. Wir möchten das für diese Menschen auch. Dass aber im Haushalt Kosten für Nacktscanner als Durchlaufposten an den Bund auftauchen und wir hier in Nordrhein-Westfalen nichts dagegen tun können, das hat uns schon sehr geärgert.

Unsere Flughäfen übernehmen immer mehr die Funktion von internationalen und überregionalen Logistikdienstleistern. Daher gibt es starke Bestrebungen, den Flugverkehr immer weiter in die Nachtstunden zu verlagern. Hier bestärken wir die Landesregierung, zum Schutz der Anwohnerinnen vor Fluglärm ihre Haltung zum Nachtflugverbot beizubehalten.

Allerdings bin ich gespannt, wann diese konsequente Haltung aufgeweicht wird.

Kolleginnen und Kollegen, Pläne spielen bekanntlich beim Thema „Verkehr“ eine große Rolle, auch wenn sie schon 20, 30 und 40 Jahre alt sind. Verkehrspolitik wird in Deutschland vorwiegend von älteren Männern gemacht. Entsprechend chaotisch werden die dagegen jungen Pläne umgesetzt.

Diejenigen, die Pläne erdacht haben, sind schon lange nicht mehr da, und diejenigen, die keinen Plan haben, bemühen sich, etwas hinzubekommen. Am Ende kommt, wenn wir Glück haben, eine befahrbare Straße heraus. Voraussetzung ist immer, dass man die Scheuklappen nicht abnimmt und das vor langer Zeit definierte Ziel fest im Blick hält, selbst wenn dieses historische Ziel schon längst nicht mehr aktuell ist. Das hat übrigens Stuttgart 21 deutlich gemacht.

20 Jahre sind eine lange Zeit, fast eine Generation. In solchen Zeiträumen ändert sich schon mal etwas, und einige Dinge sieht Mann oder auch Frau heute ganz anders. Der Schutz der Anwohnerinnen vor negativen Auswirkungen hat heute zum Glück einen ganz anderen Stellenwert.

Auch werden Leuchtturmprojekte heute viel kritischer gesehen. Beispielsweise fragen sich die Menschen in NRW, was sie davon haben, wenn sie später einmal mit dem RRX fünf Minuten Fahrzeit einsparen, dann aber eine halbe Stunde auf den Anschluss warten müssen.

Meine Damen und Herren, es ist dringend geboten, die Projekte des Landesverkehrswegeplanes und des Bedarfsplanes des Bundes neu zu bewerten. Angesichts der hohen Summen für diese Investitionen muss geprüft werden, ob diese Baumaßnahmen auch in 50 Jahren noch Bestand haben. Die Anforderungen an die Mobilität sind im Fluss. Sie werden sich in den nächsten Jahren ändern.

Mit dem Bau von neuen Autobahnen wird man dieses Problem nicht in den Griff bekommen. Im Gegenteil: Es muss in erster Linie versucht werden, dieses Güteraufkommen auf der Straße – es wird sich ja steigern – zu begrenzen. Viele Transporte finden nur statt, weil die Autobahnmaut offenbar noch zu gering ist. Hier müssen Landes- und Bundesregierung mit intelligenten Mitteln steuernd eingreifen. So kann die Lkw-Maut zum Beispiel flexibel gestaltet werden, nämlich abhängig von der Tageszeit und streckenabhängig. Von allen

abhängig Beschäftigten wird ja Flexibilität eingefordert. Warum wollen wir diese Flexibilität nicht auch an die Unternehmen und Konzerne weitergeben?

In erster Linie ist es jedoch erforderlich, mehr Güter auf den Wasserstraßen und auf der Schiene zu befördern. Hier liegt für uns die Zukunftsaufgabe. Vor fast 20 Jahren wurde ein Vertrag über den Bau eines dritten Gleises entlang der Betuwe-Linie von Oberhausen über Wesel bis zur Landesgrenze unterzeichnet. Diese Bahnstrecke ist ein Teil des europäischen Güterkorridors Code 24, der von Rotterdam bis nach Genua reicht und die Nordsee mit dem Mittelmeer verbindet. Im Einzugsbereich dieses Korridors leben ca. 70 Millionen Menschen. 700 Millionen t Fracht sollen hier einmal auf der Schiene transportiert werden. Ob die Unterzeichner von damals die heutigen Entwicklungen im internationalen Handel und den Bau der zweiten Maas-Ebene in Rotterdam wirklich auf dem Schirm hatten, das glaube ich nicht.

Wie es sich heute darstellt, wird der nun schon seit fast 20 Jahren geplante Ausbau der Bahnstrecke weder den berechtigten Interessen der Anwohner und Anwohnerinnen noch den tatsächlichen Erfordernissen der Verkehrsabwicklung gerecht. Die Bahn AG will jetzt die Blockverdichtung bauen, die zu deutlich mehr Güterverkehr gerade in den Nachtstunden führt, ohne Anwohnerinnen und Anwohner ausreichend vor Lärm zu schützen. Hier sind wir als Ausschuss gefordert und gefragt, dort handelnd einzugreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle haben davon gehört, dass der Bund seinen Anteil von einem Drittel am Duisburger Hafen verkaufen will. Hier erwartet die Linke, dass sich die Landesregierung klar positioniert. Zusammen mit der Stadt Duisburg muss eine Lösung gefunden werden, die garantiert, dass der Hafen Duisburg öffentliches Eigentum bleibt und nicht zum Spielball privater Investoren wird. Die Linke hat einen Sachstands- und Einschätzungsbericht des Ministers für den Verkehrsausschuss beantragt. Wir erwarten sehr gespannt die Positionierung des Landes. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Einzelplan 07

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Teilbereich

Familie, Kinder und Jugend

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Kinder- und Jugendpolitik in NRW ist zuletzt bis auf die Substanz heruntergewirtschaftet worden. Wann immer der Finanzminister jeder beliebigen Landesregierung in den letzten 20 Jahren einen Steinbruch zur Haushaltskonsolidierung benötigte, griff er auf den Etat der Kinder- und Jugendpolitik zurück. Dieser Raubbau hat Spuren hinterlassen: geschlossene Jugendzentren und eine ausgedünnte Infrastruktur, Mitarbeiter am Rande ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus, Jugendliche, die zwar einen Hilfebedarf haben, für die es aber keine Angebote gibt.

Jeder hier vorgelegte Etat muss sich daran messen lassen, ob er diesen Weg weitergeht oder ob er die Grundlagen für eine Politik im Interesse der Kinder und Jugendlichen legt. Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, wir erkennen in Ihrem Haushalt durchaus positive Entwicklungen, zum Beispiel die Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplanes um 20 auf 100 Millionen €. Allerdings kompensieren Sie damit in erster Linie die Kürzungen der

Vorgängerregierung. Das ist lobenswert, zeigt aber noch nicht, dass Sie in Ihrer Politik auch eigene Akzente setzen.

Die Rücknahme von Kürzungen ist nämlich erst einmal nur die Wiederherstellung des früheren Ist-Zustandes, vor allem weil sich diese Erhöhung praktisch über fünf Jahre erstreckt.

Wir nehmen auch sehr wohl wahr, dass Sie verstärkt in Netzwerkbildung und frühe Hilfen investieren, dass Sie die Sicherungsnetze für Kinder und Familien enger weben. Das ist schon mal ein richtiger Weg. Gerade wenn man sich Ihr zentrales Projekt, das „Reförmchen“ des Kinderbildungsgesetzes ansieht, kann man aber nur zu dem Schluss kommen: Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht.

Frau Ministerpräsidentin Kraft hat in ihrer Regierungserklärung am 15. September in diesem Hause ein Gesetz zum Kindergartenjahr 2011/12 versprochen, das – ich zitiere – „den Anforderungen an eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung gerecht wird.“ Davon sind Sie mit diesem Etat, mit diesem Gesetzentwurf meilenweit entfernt. Sie haben sich mit Ihren jüngsten Änderungsanträgen zum Haushalt noch weiter davon distanziert. Sie drohen also an einer Ihrer selbst gesteckten Aufgabe, dem Ausbau qualitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung, grandios zu scheitern.

Ich will das kurz an einigen Punkten erläutern. Beispiel eins: Beitragsfreiheit. Sie sagen, Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und müssen kostenfrei sein. Das klingt wunderbar. Das teile ich in Gänze. Herr Wolfgang Jörg hat eben schon ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gebhard?

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Ja.

Heike Gebhard (SPD): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Butterwegge. Ist Ihnen bekannt – weil Sie gerade darauf hinwiesen, dass es sich bei der ersten Stufe der KiBiz-Revision nur um ein „Reförmchen“ handele –, dass diese eingeschränkte Reform auf Wunsch der Beteiligten, sprich Träger usw., zustande gekommen ist, die gesagt haben, wir wollen mehr Zeit haben, um mit Regierung und den Fraktionen zu reden, wie denn die Finanzierung, wie die Sprachförderung umgestellt werden soll, und dass wir deshalb, bitte schön, erst einmal nur die nötigsten Dinge in der ersten Stufe machen? Es ist also nicht von uns aus gegangen, sondern wir sind darum sehr nachdrücklich gebeten worden. Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke, Frau Gebhard. Das ist mir bekannt. Es greift durchaus auch eine Initiative auf, die wir schon im letzten Jahr hier im Landtag vorgeschlagen haben. Damals ist sie von Ihnen aber leider abgelehnt worden, soweit ich weiß.

Ich möchte nun wieder auf das Beispiel „Beitragsfreiheit“ zurückkommen. Der jetzt geplante Einstieg durch eine Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung kann mich überhaupt nicht überzeugen; denn Sie stellen sich damit quer zu dem, was eigentlich erforderlich wäre und was auch in wissenschaftlichen Studien gefordert wird. Die Beitragsfreistellung für das erste Jahr, in dem ein Kind eine Kita besucht, wäre nämlich pädagogisch sinnvoller. Es würde zudem garantieren, dass Sie es mit Ihrer versprochenen Beitragsfreiheit auch wirklich ernst meinen.

Leider fehlt in Ihrem Gesetzentwurf – übrigens ebenso in der mittelfristigen Finanzplanung – nämlich jeder Hinweis darauf, in welchem Zeitrahmen Sie die vollständige Beitragsfreiheit denn umsetzen wollen.

Wohlfeile Ankündigungen helfen den betroffenen Kindern nicht weiter. Wir erwarten von Ihnen einen handfesten Einstieg in diese Beitragsfreiheit. Das bedeutet zumindest die Wiedereinführung landesweit einheitlicher, sozial gestaffelter Elternbeiträge – so lange, bis Elternbeiträge für Bildung in Gänze der Vergangenheit angehören. Dafür brauchen wir einen verbindlichen Zeitplan, wann die weiteren Kindergartenjahre beitragsfrei gestellt werden.

Wenn es Ihnen also tatsächlich um ein Mehr an Chancengerechtigkeit für alle Kinder geht, müssen Sie akzeptieren, dass daran kein Weg vorbeiführt. Entziehen Sie sich nicht Ihrer Verantwortung. Öffnen Sie allen Kindern in NRW den Weg in die Erfahrungswelt Kita!

Beispiel zwei: das zu erwartende Betreuungsdesaster im Sommerloch, zu dem ich auch eine Kleine Anfrage gestellt hatte. Im Haushaltsentwurf fehlt eine Vorsorge für die im Sommer 2011 zu erwartende Betreuungslücke gänzlich. Der in diesem Jahr sehr späte Schulanfang stellt die Eltern vieler i- Dötzchen vor ein Riesenproblem. Die Kitas werden in den Sommerferien geschlossen, es gibt nicht genügend Plätze im offenen Ganztage, und gleichzeitig reicht der Urlaubsanspruch der Eltern nicht aus, um eine sechswöchige Vollzeitbetreuung ihrer Kinder aus eigener Kraft stemmen zu können. Da müssen Sie Abhilfe schaffen, sonst haben die Eltern und die Kinder das Nachsehen.

Beispiel drei: der U3-Ausbau. Wenn Sie sich mit einem vermeintlichen Ausbauprogramm brüsten, von dem weder der Fachausschuss dieses Hauses noch das Plenum irgendeine Kenntnis haben, dann lege ich Ihnen einen Blick in das SGB VIII nahe. Auf einen U3-Platz besteht ab 2013 ein zu erfüllender Rechtsanspruch. Es ist auch die ureigenste Aufgabe des Landes, zu garantieren, dass Rechtsansprüche im Bildungsbereich faktisch wahrgenommen bzw. umgesetzt werden können. Sie sind also in der Verantwortung, eine Ausbauplanung vorzulegen, die verbindlich regelt, wann und wie viele Plätze eingerichtet werden, um diesen Rechtsanspruch erfüllen zu können.

Der U3-Ausbau zeigt, wie sehr der Bereich der Kinder- und Jugendpolitik besonders unter der Vorgängerregierung heruntergewirtschaftet wurde.

Wenn Rot-Grün bereits die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe als eine besondere Leistung der eigenen Landesregierung herausstellen will, wird deutlich, wie miserabel die von der Vorgängerregierung hinterlassenen Ausgangsbedingungen waren. Das hat sich jetzt nach und nach herausgestellt.

Statt sich also voreilig mit Federn zu schmücken, die erst noch wachsen müssen, sollten Sie sich vielmehr um die Qualität in der Kindertagesbetreuung sorgen. Dort liegt ganz vieles im Argen; denn die Qualität in Kitas steht und fällt mit dem Personalschlüssel, den Gruppengrößen und den Beschäftigungsbedingungen einschließlich der Qualifikation des Fachpersonals.

Da reicht es nicht, allein bei U3-Kindern eine Aufstockung um eine halbe Kinderpflegerin-Stelle pro Gruppe vorzunehmen. Der personelle Notstand herrscht derzeit nämlich auch in Gruppen, in denen 20 drei- bis sechsjährige Kinder phasenweise von einer Erzieherin betreut bzw. verwahrt werden. Dort muss also nachgelegt werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie Kitas als Bildungseinrichtungen für die Jüngsten und als Teil präventiver Sozialpolitik begreifen, müssen Sie auch entsprechend handeln. Dann können Sie nicht am Personal sparen, weder in der Schule an den Lehrern noch in der Kita an Erzieherinnen und anderen Fachkräften.

Jetzt gibt es ein Reförmchen, und die Evaluation des KiBiz erfolgt bis 2013. Sollen die Kinder in den Einrichtungen denn bis zum Kitajahr 2014/15 auf wirkliche Verbesserungen warten? Ich halte das für unverantwortbar. Dort muss sehr viel schneller ganz viel geschehen.

Deshalb brauchen wir hier eine Investitionsoffensive, und zwar unverzüglich; denn nur so können der personelle Notstand in manchen Kitas überwunden und der Fachkräftemangel perspektivisch beseitigt werden. Erst wenn Sie Ihren eigenen Anspruch, nämlich das Leitmotiv „Gute Arbeit für NRW“, auch in Kitas umgesetzt haben, werden Sie wieder genug junge Menschen für das anspruchsvolle Arbeitsfeld der Elementarbildung gewinnen können.

Deshalb haben wir auch Änderungsanträge zum Haushalt gestellt – unter anderem einen Antrag, in dem gefordert wird, die Kindpauschalen, die von Schwarz-Gelb von Anfang an viel zu niedrig berechnet worden sind, zunächst auf den eigentlich angemessenen Stand zu erhöhen. Wir erwarten, dass Sie hier noch deutlich nachbessern. Dies werden wir im Rahmen der Gesetzgebung sicherlich auch noch diskutieren können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Einzelplan 07

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Teilbereich

Kultur

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Wir sind ja schon zufrieden, wenn uns nichts weggenommen wird.“ – Das, meine Damen und Herren, ist der hauptsächliche Tenor, den man mittlerweile zu hören bekommt, wenn man mit Kulturschaffenden jeglicher Professur zusammensitzt und sich über ihre Situation unterhält.

Aus der Sicht einer solchen Mangelverwaltung ist der vorgelegte Kulturhaushalt dann auch ganz zufriedenstellend. Denn Kürzungen gibt es de facto nicht. Aber – diese Frage richte ich jetzt an die Landesregierung – kann es tatsächlich das Ziel der Kulturpolitik in NRW sein, sich mit einer solchen Mangelverwaltung zufriedenzugeben? – Ich denke, eher nicht.

In keinem anderen Bundesland werden die Kosten für Kultur so sehr auf die Kommunen abgewälzt wie in NRW. Allerdings sind auch nirgendwo sonst so viele Kommunen in der Haushaltssicherung wie in unserem Land. Dieser Umstand führt dazu, dass immer mehr Kommunen Stadtbibliotheken schließen, Museen nur noch sehr eingeschränkt oder auch gar nicht mehr arbeiten. Und darüber, wie bedroht die städtischen Bühnen von immer mehr Kommunen sind, muss ich an dieser Stelle wohl keine Worte mehr verlieren.

Wenn wir dies ändern wollen, dann müssen wir über die Pflichtigkeit von Kultur reden, sei es in Form einer Kulturpauschale oder eines Kulturfördergesetzes oder über die Finanzierung einer solchen Kulturpflicht unabhängig vom GFG.

Die kommunalen Spitzenverbände, die immer gegen solche Verpflichtungen zur Kultur mit dem Hinweis auf das kommunale Selbstverwaltungsrecht argumentieren, müssen sich fragen

lassen, was dieses denn wert ist, wenn es nur darin besteht, frei entscheiden zu dürfen, ob man das Schwimmbad oder das Theater schließt. Ich habe eine andere Vorstellung von kommunaler Selbstverwaltung.

Auch wenn die einzelnen Titel des Kulturhaushaltes kaum oder nicht gekürzt wurden, ist es kein Schritt nach vorne, sondern es schreibt nur die chronische Unterfinanzierung des Kulturbetriebes fort. Einstmals als wichtig erkannte Projekte werden nicht umgesetzt.

So haben wir uns erst einmal auf unbestimmte Zeit von dem Ziel, „JeKi“ auf ganz NRW auszuweiten, verabschiedet. Bei der Gelegenheit frage ich die Ministerin heute zum wiederholten Male, wann wir eigentlich die Evaluierung dieses Projektes vorgelegt bekommen. Seit Monaten wird das Parlament immer wieder auf später vertröstet. Es wird endlich Zeit, dass einmal etwas auf den Tisch gelegt wird.

Herr Bialas sprach gerade davon, dass 3 Millionen € für den Kulturrucksack etatisiert wurden. Das ist wieder einmal eine Maßnahme ohne Konzept. Es ist eine Worthülse aus dem Wahlprogramm. Gestern haben wir gehört, dass es für die Medienerziehung 250 Millionen € geben soll. Auch dies ist ohne Konzept, steht aber auch im Wahlprogramm.

Ich habe den Eindruck, dass man Konzeptlosigkeit umsetzen will, aber trotzdem Geld etatisiert.

Beim Kulturrucksack, dessen Grundidee sich gut anhört, bin ich nicht der Einzige in diesem Hause, der endlich erfahren will, was eigentlich in ihm stecken soll.

Die Landesregierung muss Butter bei die Fische tun und klare Aussagen dazu machen, wie sie sich die Sicherung der Kultur in den nächsten Jahren im Lande vorstellt. Der Bereich Kultur ist für alle in NRW lebenden Menschen viel zu wichtig, als dass man ihn einfach mit einem Weiter-So vor die Wand fahren darf.

Im Übrigen ist es so: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen waren falsch, die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch und die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung Der Linken ist ebenso falsch. – Ich danke für Ihre Geduld.

Einzelplan 07

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Teilbereich

Sport

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn in allen Bereichen der Politik immer so große Einigkeit bestehen würde wie im Bereich des Sports, wäre es in diesem Hause ziemlich langweilig. Alle Fraktionen im Landtag NRW wissen den Sport und seinen hohen gesellschaftlichen Stellenwert zu schätzen. Es gibt dennoch zwei Punkte, die ich zu bedenken geben möchte:

Es gibt zwei Bereiche, an denen man keine Kritik üben darf, ohne auf Protest zu stoßen: die Kirche und der Fußball. Ich frage mich allerdings, ob der Anteil des Landes und der Stadt Dortmund am entstehenden DFB-Museum tatsächlich so hoch sein muss. Das ist keine Kritik am Museum als solches. Fußball ist nach wie vor der beliebteste Sport in Deutschland, und

auch seine interkulturelle Bedeutung ist unbestritten. Auch die geschichtliche Entwicklung dieses Sports ist hochinteressant und durchaus ein eigenes Museum wert. Das hat auch schon die Ausstellung „Der Ball ist rund“ im Gasometer Oberhausen im Jahr 2000 anlässlich des 100. Geburtstags des DFB gezeigt.

Aber, meine Damen und Herren, NRW und die Stadt Dortmund sind hoch verschuldet. Der DFB hingegen ist der mitgliederstärkste und reichste Sportverband der Welt. Er zieht sich dennoch regelmäßig bei der Frage der Finanzierung der Polizeieinsätze an Spieltagen aus der Verantwortung und sollte nicht auch noch bei der Finanzierung des eigenen Museums die Verschuldung des Landes in die Höhe treiben.

Ein weiteres Problem sind einmal mehr die unterfinanzierten Kommunen. Das schlägt in allen Bereichen, so auch im Sport, immer wieder durch. Die Schließung von Sportstätten in Kommunen, die sich im Nothaushalt befinden, muss gestoppt werden. Es kann nicht angehen, dass alle Fraktionen einmütig die Wichtigkeit des Sports in Fragen der Gesundheit, der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie der integrativen Ansätze im Bereich des interkulturellen Dialogs betonen, gleichzeitig aber zulassen, dass immer mehr Sportstätten in Kommunen geschlossen werden.

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmén [CDU]: Nennen Sie mal ein Beispiel)

– Im Ruhrgebiet in vielen Städten. Ich gebe sie Ihnen. Sie bekommen heute noch eine Mail.

Der Landessportbund ist ein kompetenter Ansprechpartner, wie dieses Problem angegangen werden kann, ebenso der RVR, der mit seinem Masterplan Sport und Bäder in der Metropole Ruhr ebenfalls wichtige Erkenntnisse auf den Tisch legt. Jetzt kommt es darauf an, vernünftige Sportentwicklungskonzepte nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern in Absprache mit diesen Fachleuten auch umzusetzen.

Im Übrigen ist es so: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen waren falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch, und die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der Linken ist ebenso falsch. – Ich danke Ihnen.

Einzelplan 11 **Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

Teilbereich **Arbeit und berufliche Weiterbildung**

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Bei manchen Beiträgen beschleicht mich – wenn ich das einmal locker so sagen darf – das Gefühl: Ich kriege gleich die Krise. Wenn die Landesregierung sich ein Stück weit an der Vergangenheit orientiert, begrüße ich das sehr. Sie revidiert nämlich wenigstens ein bisschen von dem, was Sie von CDU und FDP in den fünf Jahren Ihrer Regierung zerstört haben.

Sie sprechen von Arbeitsschutz. Das ist völlig richtig, Herr Hafke. Aber wenn Sie die Stellen beim Arbeitsschutz kürzen, frage ich, wie dann ein effektiver Arbeitsschutz in diesem Land betrieben werden soll. Das ist doch die Quadratur des Kreises, die Sie hier beschreiben.

Es müssen Stellen her. Damit wird wenigstens einiges rückgängig gemacht, wenn auch unserer Meinung nach in vielen Fragen völlig unzureichend.

Sie sagen, es müsse bessere Möglichkeiten für die Arbeitslosen geben, es müsse auch Beratung geben. Was Arbeitslose vor allem brauchen, was Erwerbslose brauchen, ist, dass sie Arbeit bekommen. Aber solange das nicht der Fall ist, sind diese Beratungszentren für Erwerbslose notwendig, und es ist gut, dass die Landesregierung auch hier bestimmte Entscheidungen rückgängig gemacht hat. Wir haben zwar ein bisschen mehr gefordert, aber wenigstens das ist geschehen. Das ist etwas, was Sie in der Vergangenheit ganz eindeutig kaputt gemacht haben.

Für uns ist Arbeit nicht nur Broterwerb. Arbeit ist mehr. Wir verstehen unter Arbeit alle Tätigkeiten, mit denen der oder die Einzelne zur Produktion oder zur Reproduktion der Gesellschaft beiträgt. Die Maßnahmen der Deregulierungspolitik – jetzt kann ich sie alle noch einmal nennen; ich bin ja dafür bekannt, dass ich das tue – der Regierungen Schröder und Merkel auf Bundesebene, aber auch die von Steinbrück und Rüttgers haben in der Vergangenheit den Ausbau prekärer Beschäftigung geradezu gefördert und so den Wert von Arbeit ganz eindeutig gemindert. Wir wollen die Arbeit wieder aufwerten. Das muss das Ziel sein, und ich hoffe, dass SPD und Grüne dabei mitgehen.

Dazu gehört im Übrigen auch, dass die sogenannten Ein-Euro-Jobs endlich vollständig abgeschafft werden.

Das sage ich nicht nur mit Blick auf die unmittelbar Betroffenen. Vielmehr ist der Druck, der durch Hartz IV und die damit verbundenen Maßnahmen auf die regulär Beschäftigten ausgeübt wird, so groß, dass nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung der Bruttorealloon in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren um 4 % zurückgegangen ist. Er ist in Deutschland allgemein zurückgegangen, in Nordrhein-Westfalen um 4 %. Das ist einzigartig in Europa. Das müssen Sie sich einmal vor Augen halten.

Das ist Teil einer Entwicklung der weiteren Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem Lande Nordrhein-Westfalen. Dagegen etwas zu tun, das ist nicht nur die alltägliche Arbeit, die im Arbeitsministerium geleistet werden muss – da mit Sicherheit auch –, sondern gegen diese Entwicklung muss auch im Einzelplan des Arbeitsministeriums vorgegangen werden. Das ist das Kriterium, an dem wir diesen Einzelplan messen.

Nach wie vor arbeiten in NRW etwa 180.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Nur die damalige Deregulierungspolitik von SPD und Grünen auf Bundesebene konnte dies ermöglichen. Nun ist es in der Tat ihre Verantwortung – ich freue mich, dass sie wenigstens partiell wahrgenommen wird –, sich dem zumindest auf Landesebene entsprechend ihrer Wahlkampfversprechen entgegenzustellen.

Leider haben Sie, Herr Minister Schneider, bislang trotz der Kleinen Anfrage, die wir gestellt haben, und der angekündigten Vorlage nicht dargelegt, wie viele von diesen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern im Landesdienst tätig sind und wie viele Sie durch regulär Beschäftigte ersetzen könnten. Das geht logischerweise auch nicht aus diesem Einzelplan hervor. Es wird Zeit, dass Sie diesen Nachweis vorlegen, damit endlich die prekäre Beschäftigung im Landesdienst ein Ende hat. Darauf können wir als Politik zumindest Einfluss nehmen.

Hier sind schnelle Entscheidungen gefragt und nicht ein weiteres Aussitzen. Die Menschen brauchen endlich gute Arbeit, werte Kolleginnen und Kollegen. Sorgen Sie dafür, dass das Land und die Kommunen zu vorbildlichen Arbeitgebern werden! Das haben wir hier im Landtag in unserer Hand.

In dieser Frage, Herr Minister, bleiben Sie leider hinter den Erwartungen zurück, die wir haben. In einer Reihe von Punkten bleiben Sie aber auch hinter den Erwartungen Ihrer ehemaligen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen des DGB zurück. Die Stellungnahme des DGB zum Haushalt sieht jedenfalls anders aus als ein Loblied auf die Landesregierung, insbesondere auf Ihr Ressort. Zwei Kritikpunkte möchte ich hervorheben.

Der erste Bereich ist der der Ausbildung. Noch in der letzten Ausschusssitzung habe ich Sie gefragt, ob Sie die Konzepte des DGB für eine Ausbildungsgarantie kennen – mit Sicherheit kennen Sie diese –, aber auch umsetzen möchten. Jedem Auszubildenden, der einen Ausbildungsplatz möchte und keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommt, sollte eine schulische Ausbildung angeboten werden. Sie haben damals geantwortet, dass das im Prinzip schon so sei. Ich sage Ihnen aber deutlich, dass der DGB gerade das moniert und sagt, dass das umgesetzt werden muss. Da gibt es einen deutlichen Nachbesserungsbedarf.

Wörtlich schreibt der DGB – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Ohne ein Angebot an partnerschaftlicher/außerbetrieblicher Ausbildung, finanziert über das Land, kann die von Rot/Grün im Koalitionsvertrag versprochene Ausbildungsgarantie nicht umgesetzt werden. Eine Schwerpunktsetzung in der Haushaltsplanung zu Gunsten dieses Zieles ist nicht erkennbar.“

Und Sie wollen doch jetzt wohl nicht die viel zu niedrigen 2 Millionen € für die Förderung und Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten tatsächlich als Schwerpunktsetzung bezeichnen, gerade auch weil die EU-Mittel zur Finanzierung von Förderungen im Rahmen des Leitthemas „Jugend und Berufsausbildung“ um über 5,6 Millionen € zurückgehen.

Herr Minister Schneider – ich spreche Sie konkret an –, im Sommer 2011 werden wieder viele junge Menschen die Schulen in NRW verlassen. Mehr als ein Jahr nach Beginn Ihrer Amtszeit dürfen Sie es nicht zulassen, dass wie in jedem Jahr diverse Schülerinnen und Schüler mit einem Misserfolgserlebnis in das Berufsleben einsteigen. Dieser Start hat langfristige Folgen, die auch in der viel zitierten Prognos-Studie, die wir ja auch im Ausschuss angesprochen haben, angedeutet werden. Für uns geht es aber nicht nur um die sozialen Folgekosten – das muss man deutlich sagen –, sondern insbesondere geht es hier um die Lebensrealität der jungen Menschen, für die wir Politik machen wollen. Das ist vor allem maßgeblich.

Damit komme ich zu dem zweiten wesentlichen Kritikpunkt. Wie bereits erwähnt, kritisiert auch der Deutsche Gewerkschaftsbund die mangelnde Schwerpunktsetzung bei den Maßnahmen Ihres Ministeriums. Diese Schwerpunktsetzung ist schon deshalb nicht zu erkennen, weil der größte Teil der Arbeitsmarktpolitik in NRW aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bestritten wird, aber eine Zuordnung der Mittel für einzelne Maßnahmen nicht erkennbar ist. Es wird aus dem Haushaltsplan und dem Erläuterungsband nicht ersichtlich, wie viel Geld beispielsweise in das Werkstattjahr, das wir durchaus kritisieren, weil es eigentlich nur eine Parkmöglichkeit für die Jugendlichen ist und mehr nicht, wie viel Geld in das Projekt „STARTKLAR!“ und wie viel Geld in die Verbundförderung für Ausbildungsplätze fließt. Durch diese Intransparenz fördern Sie den bereits jetzt auch von

Ihnen selbst dargestellten Wildwuchs an Maßnahmen und Modellen. Ich fordere Sie auf, den Haushaltsplan so zu gestalten, dass konkrete Änderungsanträge möglich sind und dass die Förderung ausschließlich in sinnvolle Projekte gesteckt wird.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu dem Arbeitsschutz sagen. Ich habe ja eingangs schon erwähnt, was ich von der Auffassung von FDP und CDU halte, die dazu etwas gesagt haben. Wir alle wissen, dass die Vorgängerregierung den Arbeitsschutz ausgeblutet hat.

Die Arbeitsschutzverwaltung kann die anfallenden Aufgaben nicht mehr erfüllen und braucht dringend eine signifikante Personalaufstockung. Der DGB fordert in seiner Stellungnahme mindestens 250 bis 300 neue qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist das Minimum, das wir hier in Nordrhein-Westfalen im Arbeitsschutz brauchen.

Wir unterstützen das. Wir sind voll bei Ihnen, wenn Sie das durchsetzen. Wir werden dies in den nächsten Monaten weiterhin politisch aufgreifen und entsprechende Initiativen einbringen.

Wir sind der Meinung, dass die Situation der erwerbstätigen Menschen in NRW einen wesentlich besseren Haushaltsplan erfordert hätte. Sie sind nicht nur hinter unseren Ansprüchen, sondern meiner Meinung nach auch hinter den Ansprüchen Ihres eigenen Koalitionsvertrages zurückgeblieben. Ich fordere Sie auf: Machen Sie den versprochenen Politikwechsel wahr. Reden Sie nicht nur darüber, handeln Sie weiter! Es sind Schritte in die richtige Richtung, aber es ist nicht ausreichend. – Ich danke Ihnen.

Einzelplan 11 **Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

Teilbereich **Integration**

Ali Atalan (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst sollte man es natürlich positiv bewerten, dass die Landesregierung offenbar nicht beabsichtigt, ausgerechnet bei der Integration der Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen einzusparen.

Ähnlich wie zum Beispiel bei der Kinder- und Jugendarbeit wären auch hier, meine Damen und Herren, die Folgekosten in der Zukunft ungleich höher als das, was man jetzt aus dem Haushalt herausradieren könnte.

Positiv ist auch, dass beispielsweise die RAAs – Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien – und die Elternnetzwerke weiter ausgebaut werden. Denn die Unterstützung von migrantischen Eltern und Kindern, gerade auf dem Feld der Bildung, ist absolut notwendig, richtig und wichtig, und das nicht einmal aufgrund einer angeblichen Bildungsferne von Migranten und Migrantinnen, sondern weil die Strukturen in vielen Schulen, Kindertagesstätten und Behörden immer noch integrationsfeindlich und ausgrenzend sind.

Während die gesellschaftlichen Eliten in gewissen Talkshows gegen angebliche Integrationsverweigerer hetzen, kämpfen etliche Eltern, insbesondere die Mütter, gegen die Schulämter, damit ihre Kinder nicht in Sonderschulen abgeschoben werden. Sie kämpfen

darum, dass ihre Kinder wirklich gefördert werden, dass sie zum Beispiel Nachhilfeunterricht bekommen.

Die RAAs und Elternnetzwerke können diese Kämpfe unterstützen und gleichzeitig darauf hinarbeiten, dass es die jüngeren Geschwister dieser Kinder und nicht erst deren eigene Kinder einfacher haben werden.

Die Integration, meine Damen und Herren, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Herr Kollege Ünal, die Integration ist zwar nicht mit Geld zu kaufen, sie ist aber auch nicht ohne ernsthafte finanzielle Unterstützung zu erreichen.

Darüber müssen wir uns im Klaren sein, denke ich. Das Land NRW muss unserer Meinung nach hier Geld in die Hand nehmen und kann nicht einfach auf die Zuständigkeit des Bundes verweisen, wenn es um wichtige Dinge wie zum Beispiel Integrationskurse geht. Wir finden es nach wie vor ausgesprochen wichtig, dass die Integrationskurse auch für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge angeboten werden.

Für Integrationsangebote muss es kompetentes Fachpersonal geben, was auch heißt, dass man die Leute in diesem Bereich angemessen zu bezahlen hat.

Neben dem entsprechenden Personal müssen genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise für den Unterricht für Kinder in ihren Herkunftssprachen. Zurzeit wird beim herkunftssprachlichen Unterricht, meine Damen und Herren, nach dem Motto verfahren: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Wenn die veranschlagten Mittel dann ausgeschöpft sind, stehen Kinder und Eltern mit dem Wunsch nach herkunftssprachlichem Unterricht auf dem Schlauch. Hierzu muss, meine Damen und Herren, ein Rechtsanspruch geschaffen werden. Mehr Geld für Kinder und Jugendliche zu investieren ist allemal sinnvoller, als menschenverachtende Abschiebehelf und Abschiebungen zu finanzieren.

Wir hoffen sehr, dass mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW gute Projekte und Ansätze in der Integrationspolitik nachhaltig entwickelt werden. Wenn dieses Gesetz mehr sein soll als eine reine Absichtserklärung, wenn wir es mit interkultureller Öffnung wirklich ernst meinen, müssen wir bereit sein, die hierfür nötigen Gelder und Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Denn die Schaffung der gleichberechtigten Teilhabe für alle ist die beste Investition in die Zukunft dieser Gesellschaft.

Im Kapitel Integration fällt jedoch eine Kürzung ins Auge, die zwar mit der zurückgegangenen Anzahl von Aussiedlern begründet wird, die wir aber dennoch problematisch finden. Wie Ihnen allen bekannt ist, versuchen derzeit Flüchtlinge aus Nordafrika, die Festung Europa zu überwinden. Länder wie Malta, Italien und Griechenland werden mit der Aufnahme dieser Flüchtlinge und der Bearbeitung von Asylgesuchen weitgehend allein gelassen. Auch NRW muss diese Länder durch die Aufnahme einer angemessenen Anzahl von Flüchtlingen unterstützen.

Es sollte aber dann, wenn es soweit ist, nicht daran scheitern, dass das Geld für die Umsetzung dieses Vorhabens zu knapp bemessen ist, was hier leider der Fall ist.

Letzter Satz: Wenn wir in NRW von den Schutzsuchenden vielleicht nur 50 aufnehmen, weil unser Haushalt nicht mehr hergibt, wirkt das lächerlich und peinlich. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Atalan, bevor Sie gehen: Frau Kollegin Boeselager hätte Ihnen gerne eine Zwischenfrage gestellt. Möchten Sie die jetzt noch zulassen?

Ali Atalan (LINKE): Ja, gerne.

Ilka von Boeselager (CDU): Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie es nicht auch für sehr viel sinnvoller hielten, wenn die jetzt aus Tunesien kommenden Flüchtlinge in ihrem eigenen Land blieben, um mitzuhelfen, ihr Land demokratisch zu gestalten. Wäre es nicht sinnvoll, wenn wir dies durch Unterstützung für die Zukunft gewährleisten? Denn in der Regel flüchten die Leute, die über das nötige Know-how verfügen, das vielleicht demnächst im eigenen Land fehlt.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Den DDR-Flüchtlingen haben Sie das nicht gesagt! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten)

Ali Atalan (LINKE): Ich denke, dass es die beste Lösung ist, in den Herkunftsländern die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Menschen dort leben können. Das ist auch der Wunsch der Betroffenen. Ich glaube nicht, dass Menschen ihre Heimatländer freiwillig verlassen. Mit der Unterstützung der westlichen Mächte unterdrücken leider die dort Herrschenden ihre Bevölkerung. Die Voraussetzungen müssen mit Unterstützung westlicher ziviler Organisationen und Initiativen geschaffen werden. Das wäre eine wünschenswerte Perspektive.

Das heißt aber nicht, dass man die Flüchtlinge zurückweist oder mit allen Mitteln verhindert, dass sie nach Europa hineinkommen. Wir sollten beides gleichzeitig machen: sowohl dort die Voraussetzungen schaffen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können, als auch die akut bedrohten und gefährdeten Menschen aufnehmen. Das eine schließt das andere nicht aus.

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Teilbereich Soziales

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier von Arbeits- und Sozialminister Schneider vorgelegte Etat muss die Suppe auslöffeln und die sozialen Löcher stopfen, welche die Politik des Sozialabbaus der letzten Jahre im Bund, unter anderem von SPD und CDU angerichtet haben. Wahrlich keine leichte Aufgabe!

Wenn wir nun den Einzelplan 11 zur Sozialpolitik betrachten, dann ist schnell offensichtlich, dass diese Landesregierung diese Aufgabe voller Hindernisse auch nur sehr zögerlich wahrnehmen möchte.

Aber die Regeln für ein gutes Feedback geben vor, dass Kritik immer mit dem Positiven beginnen sollte. Wir begrüßen durchaus die Mittelerhöhung für ein inklusives Nordrhein-Westfalen. Diese sind ja hier auch schon angesprochen worden. Aber sie sind erstens vermutlich nicht ausreichend und dürfen zweitens nicht auf den Etat für Soziales reduziert werden.

Zumal auch der mehrfach angekündigte Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention trotz anderweitiger Versprechungen, er solle schon im März vorliegen, immer noch nicht konkretisiert ist. Folglich ist auch die Grundlage für diese Mittelerrhöhung vollkommen nebulös.

Wer aber aktiv für eine inklusive und integrative Gesellschaft der Teilhabe eintritt, in der Sozialpolitik auch präventiv ausgerichtet ist, und wer diese Gesellschaft auch zukunftsfest machen möchte, der muss Armut als gesamtgesellschaftliches Problem ernstnehmen und sie offensiv bekämpfen. Ich denke, hier stehen Sie erst – wie wir alle – am Anfang.

Deutlich wird dies an einem zentralen Projekt der letzten Monate, der Wiederaufnahme der Förderung der Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen. Es ist ja begrüßenswert, dass Sie hier die von Schwarz-Gelb zerschlagene Beratungslandschaft wieder aufgeforstet haben. Der Teufel steckt aber im Detail: Die Erwerbslosenberatungsstellen quasi auf Außenstellen der Arbeitsmarktpolitik zu reduzieren, ist zu kurz gegriffen, denn Erwerbslose brauchen auch parteiisch arbeitende Interessensvertretungen, die Ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zur Seite stehen. Denn Erwerbslosigkeit ist kein individuelles, sondern ein politisches Versagen der Gesellschaft, in der es nicht genügend Erwerbsarbeit für alle gibt.

Daher fordern wir ein zweites, kleineres Förderprogramm, welches den Selbsthilfe- und den Selbstorganisationscharakter in den Vordergrund stellt, welches auch Erwerbsloseninitiativen ohne professionellen Strukturen die Chance gibt, sich mittels Landesförderung zu qualifizieren und Strukturen für eine unabhängige Erwerbslosenberatung aufzubauen.

Worauf müsste der Einzelplan noch Antworten geben? – Meine Damen und Herren, damit komme ich auf ein weiteres Thema, das hier schon oft angesprochen worden ist, auf die Kinderarmut, zu sprechen. NRW ist das einzige Bundesland, in dem die SGB-II-Quote von Kindern unter 15 Jahre seit dem Jahr 2006 im Bundesländervergleich nicht gesunken ist. Fast eine halbe Million Kinder leben in Nordrhein-Westfalen von den viel zu niedrigen Hartz IV-Regelleistungen und leiden damit zum Teil unter Hunger, unter mangelhafter Grundversorgung, unter sozialer Ausgrenzung und unter Perspektivlosigkeit. Hier muss die Landesregierung mehr tun, als in Pressemitteilungen Krokodilstränen zu vergießen, denn sie steht hier in der Verantwortung.

Meine Damen und Herren, da genügt es nämlich nicht, sich bei dem jüngst beschlossenen, verfassungswidrigen Hartz-IV-Kompromiss im Bundesrat zu enthalten. Sie müssen, um Glaubwürdigkeit zu wahren, auch im Haushalt klar Position gegen Kinderarmut beziehen. Das heißt, neben der hochgelobten präventiven Sozialpolitik ist vor allen Dingen eine aktive Armutsbekämpfungspolitik erforderlich. Die vermisste ich. Das heißt nämlich Kinderregelsätze erhöhen, das heißt die Infrastruktur für Kinder in Kommunen stärken, das heißt Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen anbieten. Ansätze dafür sehe ich ja im Einzelplan 11; aber es reicht beispielsweise nicht, den Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ einfach in einen Härtefallfonds umzuwandeln und ihn, statt ihn – wie ursprünglich – mit 70 Millionen € auszustatten, um 58 Millionen € auf 12 Millionen € zu reduzieren, um die Ersparnisse in die Haushaltskonsolidierung zu stecken. Hier können Sie ganz einfach ansetzen.

Meine Fraktion Die Linke wird entsprechend beantragen, für die finanzschwachen Familien den Eigenanteil in Höhe von 1 € pro Mahlzeit zu übernehmen und diesen aus den verbliebenen Geldern des Fonds zu finanzieren, statt damit den Haushalt zu konsolidieren. Das ist ein ganz einfacher Weg. Denn auch der Eigenanteil belastet Familien im SGB-II-

Leistungsbezug so übermäßig, dass ihre Kinder trotz Besuchung dem Mittagessen zum Teil fernbleiben müssen.

Immerhin: Ihr Sozialetat ist eine Atempause gegen den rasanten Sozialabbau, den dieses Land zuletzt erlebt hat. Nach dieser Atempause müssen Sie aber besser werden. Die gesellschaftlichen und die parlamentarischen Mehrheiten für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit, für ein inklusives und für ein integratives Nordrhein-Westfalen für alle könnte es geben, wenn Sie gewillt wären, sich mit uns für einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der Mehrheit der Menschen einzusetzen. – Herzlichen Dank.

Einzelplan 15

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Teilbereich

Gesundheit, Pflege und Alter

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir treten bekanntlich dafür ein, dass Gesundheit ein selbstverständlicher und zentraler Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge sein muss. Daher fordern wir ein sozial gerechtes Gesundheitswesen, das allen Menschen ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Situation, ihres gesellschaftlichen Status und ihrer Herkunft die bestmögliche medizinische Versorgung bietet.

Herr Hafke, Ihre Huldigungen an Ihren zukünftigen Parteivorsitzenden ändern nichts daran, dass er mehr oder weniger die Kopfpauschale eingeführt hat, dass unter Schwarz-Gelb und Ihrem Bundesgesundheitsminister die unsozialste Politik im Gesundheitswesen gemacht wurde, die es je in der Bundesrepublik Deutschland gab.

Wir erteilen aus diesem Grunde jeder Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung eine deutliche Absage.

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein gesellschaftliches und vor allen Dingen individuelles Gut. Insofern hat sich auch unsere Fraktion durchaus gefreut, als wir die wohlfeilen Erläuterungen gelesen haben, dass nicht länger einseitig von „Fällen“, „Strukturen“ und „Systemen“ gesprochen werden soll, sondern dass der Mensch – jeder einzelne Mensch – mit seinen Bedürfnissen gesehen werden soll.

Dazu sind die leider immer noch viel zu starr getrennten Säulen der Gesundheitsversorgung, die ambulante und die stationäre Versorgung, optimal auszugestalten, miteinander zu verzahnen und entsprechend zu planen.

Leider warten wir immer noch auf die für Anfang 2011 von Ihnen, Frau Ministerin, versprochenen Eckpunkte zum Haushaltsplan. Ich hoffe, dass das Ministerium diese Eckpunkte bald vorlegen wird, damit wir zumindest mit der Planung einen Schritt nach vorn kommen können. Diese sollte nämlich möglichst bedarfsorientiert ausgestaltet werden.

Die angekündigte Bedarfsorientierung ist leider in dem vorliegenden Einzelplan 15 nicht wirklich erkennbar. Im Wesentlichen handelt es sich trotz vieler Ankündigungen um eine Fortsetzung der alten Politik, aber natürlich mit einem leichten sozialen Anstrich.

Die von Ihnen in den Oppositionszeiten leider im Kern mitgetragene Umstellung der Krankenhausfinanzierung von einer bedarfsorientierten Einzelförderung auf eine fallbezogene Pauschalförderung wird leider genauso fortgesetzt wie der Ausbau des LIGA zu einem Gesundheitsstandort, an dem Gesundheitsprodukte auf ihre kommerzielle Verwertbarkeit ausgerichtet werden sollen.

Weil ich, wie Sie wissen, der Meinung bin, dass die Beschäftigten und ihre Personalvertretungen ihre Interessen viel besser vertreten können als wir hier im Parlament, möchte ich Ihnen jetzt aus einem Brief zitieren, den zahlreiche Betriebs- und Personalräte aus den Krankenhäusern in NRW unterzeichnet haben, darunter auch eine ganze Reihe von Mitgliedern der SPD. Darin wenden sie sich gegen die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf ein Pauschalssystem, führen aus, was die Folgen dieser Umstellung sind – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Die Krankenhäuser sollen dann, um Bau- und Instandhaltungskosten zu finanzieren, diese Pauschale entweder ansparen oder aber sich bei privaten Banken Kredite holen und mit der Pauschale die Zinsen bezahlen. – Zitat Ende.

Das ist eine versteckte Subventionierung der Banken, gegen die wir uns grundsätzlich wenden.

Deshalb haben wir dazu auch einen Änderungsantrag eingebracht, um die Krankenhausfinanzierung komplett von der Pauschalförderung auf die Einzelförderung zurückzufahren. Das ist die einzige Möglichkeit, dem entgegenzuwirken.

Wir werden in den nächsten Wochen auch eine Initiative ergreifen, um dieses Vorhaben rechtlich zu untermauern.

In dem besagten Schreiben, werte Kolleginnen und Kollegen, der Arbeitnehmervertretungen führen diese weiter aus, dass die Krankenhäuser etwa 130 Jahre sparen müssten, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Diese Einsparungen werden jetzt über eine krankenhauserinterne Umsatzrendite erwirtschaftet.

Jetzt frage ich: Woher kann denn diese Umsatzrendite nur kommen? -Natürlich aus dem operativen Geschäft der Krankenhäuser. Somit muss weiterhin beim Personal gespart werden. Deshalb sind die Beschäftigten und – wie gesagt – auch viele sozialdemokratischen Personal- und Betriebsräte sauer. Ich sage, Sie haben auch recht damit.

Insbesondere, wenn das Land NRW sowohl beim Basisfallwert als auch bei der Investitionsquote in die Krankenhäuser nach wie vor im letzten Drittel der Tabelle der Bundesländer steht und der Investitionsstau in den Krankenhäusern immer neue Rekordhöhen von jetzt über 15 Milliarden € erreicht, braucht es ein generelles Umsteuern. Da reicht kein Sonderfonds in Höhe von 3,75 Millionen €, insbesondere auch dann nicht, wenn dieser bislang einseitig an die freigemeinnützigen und privaten Träger fließen soll.

In der Stellungnahme der Krankenhausgesellschaft NRW ist auf Grundlage des Rürup-Gutachtens – der ist wahrlich kein Sympathisant der Linken – klar dargelegt, dass allein die dringend notwendigen Investitionen – so Rürup – der Krankenhäuser etwa 1,1 Milliarden € betragen. Allein für die Baupauschale wären das 418 Millionen €. Alle Titel des Haushalts 2011 weisen für den gesamten Bereich aber nur eine Höhe von 496,9 Millionen € aus.

Angesichts dieses immensen Baubedarfs, der als Investition im Übrigen in keiner Weise ein Problem für das Landesverfassungsgericht in Münster wäre, ist unsere Forderung, die wir in einen Antrag gegossen haben, nach einer Erhöhung der Investitionen um 100 Millionen € tatsächlich durchaus moderat.

Bis heute fehlen schließlich allein noch 19 Millionen €, damit alle Krankenhäuser wenigstens die Baupauschale erstmalig erhalten. Zudem ist die Kürzung in Höhe von 13 Millionen € im Haushalt 2010 nach wie vor in diesem Haushalt enthalten. Das ist kein Zeichen für einen wirklichen Politikwechsel im Gesundheitsbereich.

Nun möchte ich aber in Bezug auf die Krankenhäuser noch einen Punkt positiv bewerten. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Zuweisungen für Investitionen an die kommunalen Kliniken um mehr als 25 Millionen € – auf Kosten der Zuweisungen an die freigemeinnützigen und privaten Träger – aufgestockt werden. Das ist in der Tat ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er unserer Auffassung nach natürlich viel zu zaghaft und viel zu klein ist.

Aber solange private Kliniken Gewinne aus den Krankenhäusern herausziehen und an die Investoren weiterleiten, bleiben private Krankenhäuser ein Instrument, um Aktienbesitzer durch die Beiträge der Versicherten zu subventionieren. Diese privaten Krankenhäuser gehören alle wieder zurück in kommunales Eigentum.

Gut finden wir auch, Frau Ministerin, dass Sie den „Aktionsplan Hygiene“ initiiert haben und diesen mit 1 Million € ausstatten.

Darüber hinaus halten wir allerdings die Prioritätensetzung zumindest für fragwürdig. So sehr wir die eingestellten Gelder für die Bekämpfung von Aids und die Mittel zur Suchtbekämpfung befürworten, so sehr wünschen wir uns auch ein Augenmerk auf eine der häufigsten Todesursachen in Nordrhein-Westfalen, den Krebs.

Anders als in vielen anderen Industrieländern geht die Todesrate bei dieser Krankheit in Deutschland nicht wesentlich zurück. Das hängt auch mit der mangelhaften Ausstattung der entsprechenden Stellen zusammen. Leider sind Sie den Ausbau des Krebsregisters mit den notwendigen Mitteln noch nicht angegangen. Die von Ihnen vor der Wahl versprochenen und von uns beantragten 100.000 € für die Krebsberatungsstellen in unserem Land wollen Sie nun nicht mehr aufbringen.

Es geht doch darum, diese wichtigen Beratungsstellen und ihre Mischfinanzierung, die auch eine gewisse Unabhängigkeit von der Pharmalobby sichert, angemessen zu finanzieren. Deshalb ein weiterer Vorschlag: Wenn Sie schon unserem Änderungsantrag nicht zustimmen wollen oder können, dann verschieben Sie doch bitte diese Mittel innerhalb des Kapitels 15 080.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Bereiche „Pflege und Alter“ eingehen. Auch hier schreiben Sie, dass Sie von den Menschen her denken möchten. Das ist schön gesagt. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Abgesehen von einzelnen marginalen Erhöhungen, die sich insbesondere aus dem erhöhten Bedarf nach Fachkräften und angemessenem Beratungsangebot ergeben, sehen wir keine Veränderung, die wir mit dem Wort „Politikwechsel“ angemessen beschreiben könnten.

Nichts zu sehen ist von einer substanziellen Förderung des Aufbaus unabhängiger dezentraler Pflegeberatungsstellen.

Liebe Kolleginnen, insbesondere von SPD und Grünen, im Bereich „Gesundheit, Pflege und Alter“ hätten wir uns etwas mehr gewünscht, aber wir sehen, dass Sie den eigenen Ansprüchen leider nur in kleinen Dosen nachkommen. Es ist Ihre Verantwortung, den versprochenen Politikwechsel, den Sie im Wahlkampf auch propagiert haben, endlich einzuläuten. Dazu gehört eine vernünftige Ausfinanzierung von Krankenhäusern, ein angemessenes dezentrales Beratungsangebot und eine gute und nicht profitorientierte Verzahnung mit der ambulanten Ebene.

In diesem Sinne sind wir sehr gespannt, wie Sie sich zu den aktuellen Plänen des Bundesgesundheitsministers verhalten und wie der Krankenhausplan aussehen wird. Wir werden uns auf jeden Fall weiterhin intensiv mit den Beschäftigten sowie den Patientenvertretern zusammensetzen und weiterhin dafür sorgen, dass ein Politikwechsel entsteht. – Danke.

Einzelplan 15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Teilbereich Emanzipation

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte, Frau Präsidentin, mit den Worten von Frau Ministerin Steffens zu beginnen.

„Wer in Nordrhein-Westfalen Frauenpolitik machen will, muss Geld in die Hand nehmen und die Kürzungen der Vorgängerregierung rückgängig machen.“

So lauteten die Worte von Frau Steffens im November letzten Jahres. Das war für viele frauenpolitische Initiativen, Organisationen und Einrichtungen ein Hoffnungsschimmer.

Denn wir alle haben erlebt, wie die schwarz-gelbe Regierung in der letzten Legislaturperiode hier gekürzt hat – sei es bei den Frauenhäusern, den Frauenberatungsstellen, den Notrufeinrichtungen, oder sei es bei den Regionalstellen „Frau und Beruf“.

Wem aber nützen schöne Versprechungen, wenn sie nur ansatzweise eingehalten werden, in der Konsequenz aber nicht in handfeste Regelungen münden? Im Haushaltsentwurf 2011 können wir zwar die Einstellung zusätzlicher Mittel feststellen, diese Mittel lassen sich in der Beurteilung aber, grob gesagt, auf eine Aussage reduzieren: Sie reichen nicht aus.

Es fehlt nach wie vor an Geld und Personal, um die bereits vorhandenen Maßnahmen den Anforderungen entsprechend zu organisieren. Es fehlt in vielen Bereichen ein verbindliches rechtliches Gerüst, das dazu beitragen kann, zu entscheiden, welche frauenpolitischen Maßnahmen aus den willkürlich gesetzten Haushaltsabhängigkeiten herausgeholt werden können.

Aber schauen wir uns doch zunächst einmal an, welche Veränderungen tatsächlich stattgefunden haben.

In der Titelgruppe 61 in Kapitel 15 035 mit der Überschrift „Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen“ sind zusätzliche Mittel in Höhe von 4 Millionen € eingestellt. Diese sollen für Zuschüsse zu Personalausgaben und für Maßnahmen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen, Notrufeinrichtungen und andere Initiativen und Projekte, die gegen Gewalt gegen Frauen eintreten, eingesetzt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung für diesen Bereich ist immerhin von 175.000 € auf 690.000 € angehoben worden. Im Bereich Berufliche Gleichstellung und Potenzialentwicklung ist der Mittelansatz auf 5 Millionen € erhöht worden; diese sind für die Landesinitiative „Frauen und Wirtschaft“ bestimmt, deren Ziel es sein wird, neue Zugänge zum Arbeitsmarkt für Frauen unterschiedlicher Zielgruppen zu schaffen.

So weit, so gut, meine Damen und Herren. Das hört sich zwar zunächst ganz gut an. Wenn man aber einen Blick hinter die Kulissen wagt, stellt sich schnell Ernüchterung ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen.

Wie wir wissen, wurden die Mittel für die Frauenhäuser mit dem Haushalt 2006 drastisch um 30 % gekürzt. Damit ist eine ganze Personalstelle ersatzlos weggefallen. Mit dem Haushalt 2011 wurden zwar zusätzliche Mittel in Höhe von 2,7 Millionen € für Einrichtungen innerhalb der gekürzten Stellenansätze eingebracht, unberücksichtigt bleiben bei dieser Erhöhung allerdings die real gestiegenen Personalkosten, die in der Berechnung nicht enthalten sind. Unberücksichtigt bleiben auch die erheblichen Kürzungen der kommunalen Zuschüsse sowie die katastrophale Platzsituation in den Frauenhäusern im Raum Köln/Bonn.

Dessen ungeachtet sind die Trägereinrichtungen froh über jeden Tropfen auf dem heißen Stein. Die Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW begrüßt die Wiedereinführung der zweiten Fachkraftstelle. Sie machte aber erst im November letzten Jahres deutlich, welche Mittel tatsächlich benötigt würden, um diese zweite Fachkraftstelle überhaupt zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Die Linke hat eine Zuwendungserhöhung von 150.000 € pro Einrichtung beantragt.

Wir haben dargelegt, warum der bisherige Ansatz von 8.131.500 € auf die Summe von 9,3 Millionen € erhöht werden muss. Wir haben dargelegt, warum vor dem Hintergrund der Zielsetzung einer künftigen und bedarfsgerechten Finanzierung der Einrichtungen einerseits und einer gesetzlichen Absicherung jeder von Gewalt betroffenen Frau andererseits Mittel von 52.342.500 € als Verpflichtungsermächtigung einzustellen sind. Diese Anträge, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, sind mit Ihren Stimmen abgelehnt worden. Das haben Sie vor den betroffenen Frauen und Initiativen zu verantworten.

Sie dürfen nicht vergessen, dass jedes Projekt, jede Stelle dringender denn je benötigt wird. Es ist fahrlässig von Ihnen, nicht den Anforderungen nach einer einzelfallunabhängigen und bedarfsgerechten Finanzierung nachzukommen.

Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition! Heute möchte ich Sie noch einmal an Ihre Verantwortung erinnern. Sie sagen, dass Sie dazu beitragen wollen, dass Frauen in dieser Gesellschaft ein gleichberechtigtes Leben führen können. Dann müssen Sie aber auch entsprechend handeln, Gelder in diese Bereiche fließen lassen und nicht nur kleinlich nachbessern. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Einzelplan 12
Finanzministerium
Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich ein paar allgemeine Worte zur gerade erlebten Debatte sagen. Wenn zu dieser Stunde im Landtag vonseiten der CDU von Orgien die Rede ist, Herr Krückel, kann ich nur sagen: Für die Steuerorgien war in den letzten Jahren die CDU ganz maßgeblich verantwortlich. Denn Sie haben Steuersenkungspolitik betrieben bis hin zu der völlig inakzeptablen Nummer mit der Mövenpick-Spende, an der Ihr Koalitionspartner im Bund, die FDP, ganz maßgeblich beteiligt war.

Was Sie überhaupt nicht wahrnehmen wollen und ignorieren, ist Massenarbeitslosigkeit, ist Massenarmut.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Frau Freimuth, ich komme noch auf Sie zurück. Lassen Sie mich doch erst mal ein bisschen vortragen. Ich habe noch gar nicht richtig angefangen. Mein Gott, haben Sie noch ein bisschen Geduld!

Sie wollen überhaupt nicht wahrhaben, dass es das in Nordrhein-Westfalen nach wie vor gibt. Wenn man die Vorschläge der CDU wirklich ernst nimmt – bis hin zur Weisbrichschen Nulllage, die er vor allem damit untermauert, die globale Minderausgabe auf über 1 Milliarde € hochzutreiben, bei der das Parlament überhaupt nicht mehr beteiligt ist, wie das konkret umgesetzt wird –, muss man sich fragen: Was machen Sie hier eigentlich für eine Politik?

Ich möchte noch ein paar Sätze zu dem sagen, was wir im Ausschuss mit Ihnen erlebt haben: ein Schauspiel besonderer Art. Die CDU kommt im Haushalts- und Finanzausschuss genau mit zwei Anträgen rüber. Einer davon war sogar rechtlich falsch; Sie mussten ihn zurückziehen. Von einer Fraktion, die seit Ewigkeiten im Landtag Nordrhein-Westfalen sitzt, kann man eigentlich etwas anderes erwarten.

Dass der neuen Fraktion Die Linke der eine oder andere Fehler passiert, kann sicherlich vorkommen. Aber bei Ihnen so etwas zu erleben, ist schon abenteuerlich.

Noch besser die FDP: null Anträge. Nicht einen einzigen Antrag haben Sie gestellt.

(Ralf Witzel [FDP]: Warten Sie mal ab, die kommen alle noch!)

Das ist die Realität. Sie mögen uns kritisieren. Wir haben 87 Anträge gestellt. Sechs Anträge sind entweder beschlossen worden oder zumindest in die richtige Richtung gegangen, sodass wir sie gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen beschlossen haben. Das ist für eine Oppositionspartei gar nicht so schlecht, wenn man sieht, dass Sie beide auf der Oppositionsbank da drüben noch nicht einmal sechs Anträge zustande gebracht haben.

So viel dazu. Ich meine, das ist wirklich Arbeitsverweigerung.

Bei den Grünen scheint die Vergangenheitsbewältigung offensichtlich noch nicht so ganz funktioniert zu haben. Vielleicht wird Kollege Mostofizadeh noch ein bisschen daran arbeiten; er ist ja noch jung.

Das gesamte Haushaltsverfahren ist sicherlich mehr als fragwürdig. Das sage ich auch so deutlich. Wenn man hier erlebt, dass Anträge von den Koalitionsfraktionen eingebracht werden, die eigentlich von der Regierungsbank hätten eingebracht werden müssen – auch das an die Adresse von SPD und Grünen –, ist das schon ein merkwürdiges Verfahren.

Ich finde auch, dass die massiven Korrekturen, die mittlerweile an dem Haushalt vorgenommen worden sind, mehr als fragwürdig sind, vor allem, wenn man sieht, dass auch die Koalitionsfraktionen mittlerweile eine globale Minderausgabe von über 500 Millionen € ausgebracht haben. Auch das ist parlamentarisch eigentlich völlig inakzeptabel. Sie wissen, dass wir damit der Regierung sozusagen anheimstellen, wo sie denn diese Minderausgaben ausbringt. Auch das gehört zur Realität.

Eines ist sicherlich deutlich: Wir haben massive Bedarfe, insbesondere bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Deswegen haben wir als Linke Haushaltsverbesserungen in Höhe von fast 1 Milliarde € für die Kommunen in den Haushalt eingebracht. Diese sind zum größten Teil abgelehnt worden – das ist die Realität –, aber die Situation der Kommunen ist nach wie vor dramatisch. Das haben wir auch bei der Anhörung, die wir im Landtag durchgeführt haben, gehört. Nach wie vor wird es sehr dringend notwendig bleiben, mehr für die Kommunen zu tun.

Wir als Linke haben aber auch sehr deutlich gesagt: Wir wollen einen Politikwechsel. Dieser Politikwechsel ist durch diesen Haushalt, den die Fraktionen von SPD und Grünen vorgelegt haben, im Ansatz steckengeblieben. Das ist kein Wunder; denn es ist eine angstgesteuerte Politik, die hier betrieben wird. Man hat Angst vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster. Das Spardiktat hat natürlich gewirkt. Auch der Verfassungsgerichtshof hat natürlich – das sage ich sehr deutlich – die neoliberale Schere im Kopf, anstatt wirksame Zukunftsinvestitionen zuzulassen, doch habe ich, ehrlich gesagt, nichts anderes erwartet.

Eines ist klar: Wenn man eine soziale und ökologische Zukunftsperspektive in Nordrhein-Westfalen haben will – und das angesichts der Situation, dass wir den Ausstieg aus dem atomaren Zeitalter realisieren –, dann ist es notwendig, viel, viel mehr im Bereich Ökologie und soziale Gerechtigkeit zu tun. Da sehen wir nach wie vor große Lücken, auch bei dem, was die Landesregierung vorgelegt hat.

Wir haben diese 87 Anträge deswegen gestellt, weil wir meinen, es muss wesentlich mehr im Bereich Bildung und im Bereich Soziales nachgebessert werden. Auf der anderen Seite haben wir – das muss man auch sehen und akzeptieren – aber auch durchaus Kürzungsvorschläge gemacht. Bestimmte Sachen in diesem Landeshaushalt finden wir nicht sinnvoll. Ich weiß nicht – mein Lieblingsbeispiel –, warum es eine Landesaufgabe ist, Pferdezucht in Warendorf zu betreiben. Das erschließt sich, glaube ich, niemandem.

Die Grunderwerbsteuer soll von 3,5 auf 5 % erhöht werden. Dazu kann ich nur deutlich sagen: Das ist eine wirksame Sache, die auch auf Die Linke zurückgeht; denn die Landesregierung hätte sich, glaube ich, in der Frage nicht so schnell bewegt, wenn wir nicht entsprechend Druck gemacht hätten. Das muss man auch einmal sehen.

Wenn wir schon über Einnahmeverbesserungen reden, dann ist es sehr wichtig, dass wir diesen Weg auch in Zukunft weitergehen. Denn eines ist klar: Auch wir wollen Haushalte sanieren, sehr wohl, allerdings auf einem ganz anderen Weg als Sie. Sie wollen ein Spardiktat, Sie wollen Haushalte kaputtsparen, insbesondere vonseiten der CDU und der FDP, und das ist eine Politik, die wir so nicht wollen.

Wir wollen endlich Steuergerechtigkeit in Deutschland.

Deswegen haben wir in den vergangenen Monaten die entsprechenden Anträge eingebracht. Wir warten immer noch darauf, dass die Regierungsfractionen endlich etwas in diese Richtung tun. Bisher ist nichts gekommen. Sie haben unsere Anträge nur stumpf abgelehnt. Zwar reden Sie davon, aber Sie handeln nicht. Das werden wir Ihnen auch weiterhin vorhalten.

Wir werden sehen, was sich in den nächsten Wochen bis zur Verabschiedung des Haushalts noch ergibt. Ich bin auch auf die steuerliche Entwicklung sehr gespannt. Wir haben heute mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Wirtschaftsminister davon spricht, dass die Wirtschaft brummt. Das widerspricht ein bisschen dem, was man vonseiten der Koalition fraktionen sagt, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sei nach wie vor gegeben. Wir halten sie übrigens für gegeben, weil wir nämlich sehen, dass Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut in Nordrhein-Westfalen nach wie vor gegeben ist. Das sage ich auch deutlich.

Sie müssen sich einmal die Konsistenz Ihrer Aussagen überlegen, als Regierungsfractionen und auch als Regierung, wenn hier so zwiespältige und widersprüchliche Aussagen gemacht werden, wie wir es in dieser heutigen Debatte erlebt haben.

Ich kann nur sagen: Konsistent ist das, was Sie machen, nicht. Von daher: Schauen Sie sich unsere Anträge noch einmal an! Wir werden den einen oder anderen noch zur dritten Lesung einbringen, weil wir nach wie vor dafür kämpfen werden, dass es mehr soziale Gerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen gibt. Dafür sind wir hier und dafür kämpfen wir als Linke. – Danke schön.